Der Opferorganisation VVN-BdA wird Gemeinnützigkeit aberkannt

Antifaschistische Arbeit nicht mehr gemeinnützig?

Anfang September dieses Jahres verweigerte das Finanzamt Mainz - nach mehr als anderthalb Jahren Bearbeitungszeit seit Antragsstellung im Februar 2010 - dem Landesverband Rheinland-Pfalz der VNN-BdA, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Verlängerung der Gemeinnützigkeit.

Einzig aufgeführte Begründung ist die Erwähnung »der VVN-BdA in einigen Verfassungsschutzberichten der Länder« (dies ist in Bayern, Schleswig-Holstein, und Baden-Württemberg der Fall). Damit sei u.a. davon auszugehen, dass dem Gedanken der Völkerverständigung zuwider gehandelt und die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Gemeinnützigkeit nicht erfüllt seien.

Die VVN-BdA Rheinland-Pfalz erklärte: Unsere Vereinigung wurde 1947 von den Überlebenden der Konzentrationslager und Mitgliedern des Widerstandes gegen Faschismus und Krieg gegründet, um im Sinne des Schwurs der überlebenden Häftlinge von Buchenwald zu wirken (»Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel«). Eine aus der Geschichte gezogene Lehre war und ist für unsere Organisation, überparteilich und konfessionell ungebunden, einen antifaschistischen Grundkonsens zu verteidigen.

In Artikel 139 Grundgesetz sind die alliierten Bestimmungen zum Verbot der NSDAP und möglicher Nachfolgeorganisationen und -parteien eindeutig bestätigt. In diesem Sinne tritt die VVN-BdA entschieden ein für das Verbot der NPD und der in ihrem Sog sich bewegenden Gruppen, Organisationen und Kameradschaften. Für dieses und andere Ziele, insbesondere im Sinne des Gedankens der Völkerverständigung, setzt sich die VVN seit ihrer Gründung unermüdlich ein.

Die VVN-BdA Rheinland-Pfalz kann auf Jahrzehnte der kontinuierlich geleisteten Erinnerungs- und Gedenkarbeit, die Durchführung unzähliger antifaschistischer Veranstaltungen sowie Demonstrationen gegen neofaschistische Aufmärsche und Aktionen und die aktive Beteiligung an der Friedensbewegung zurückblicken. So zählt unsere Organisation beispielsweise zu den Gründungsmitgliedern des »Fördervereins für die Gedenkstätte Osthofen«.

Viele Mitglieder der VVN Rheinland-Pfalz waren später als Zeitzeugen in Schulen, bei Veranstaltungen und auf Kundgebungen gegen Neonazi-Aufmärsche zu hören. Wie beispielsweise Philipp Wahl, der jahrelang als Landesvorsitzender arbeitete und für sein antifaschistisches Engagement u. a. das Bundesverdienstkreuz bekam.

Oder Horst Symanowski, ebenfalls für lange Zeit Vorsitzender des rheinland-pfälzischen Landesverbandes der VVN-BdA, der 2003 für sein Lebenswerk von Yad-Vashem offiziell als »Gerechter unter den Völkern« geehrt wurde.

In den einzelnen Kreisverbänden wurde und wird von Überlebenden, in Zusammenarbeit mit Antifaschisten der nachfolgenden Generationen, die Auseinandersetzung mit den Ursachen von Faschismus und Krieg geführt, Aufklärung über neofaschistische Strukturen und Aktivitäten betrieben, werden Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Faschismus abgehalten; wird im Sinne der Losung ›Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg‹ wertvolle ehrenamtliche Arbeit, auch in örtlichen wie landesweiten Bündnissen, geleistet.

Dies ist nun der erste Vorstoß staatlicher Stellen, die Gemeinnützigkeit unseres Landesverbandes abzuerkennen und geschieht mittels einer fadenscheinigen und mehr als dürftig zu nennenden Begründung.

Wir fordern die unverzügliche Wiederherstellung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA Rheinland-Pfalz! Es wird gebeten, diese Protesterklärung zu verbreiten und zu unterstützen.

Solidaritätsadressen

an
VVN-BdA Landesvereinigung Rheinland-Pfalz,
Lutrinastraße 6,
67655 Kaiserslautern,
E-mail: vvn-bda-kl@gmx.de.
Dort sind die Unterschriftenlisten zu erhalten.

»Humanität kennt kein Parteibuch«

Erfolgreiches Symposium über Walter Krämer

Ein Symposium »Leben im Widerstand« gab es anlässlich des 70. Jahrestages der Ermordung von Walter Krämer. 90 Teilnehmer hatten sich zur Tagung der VVN-BdA und der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora in Siegen eingefunden.

Großes Interesse gibt es an seinem Leben und Wirken. Der Siegener Humanist und Kommunist, ermordet im KZ Buchenwald, wurde mit der von der VVN-BdA Siegen-Wittgenstein und der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora ausgerichteten Veranstaltung geehrt, die darauf gerichtet war, die Taten Walter Krämers im geschichtlichen Kontext zu beleuchten. Denn eine angemessene Ehrung für den Siegener Kommunisten ist längst überfällig. Dies betonte auch der erste Beigeordnete der Stadt Siegen, Reinhold Baumeister, als Vertreter des Bürgermeisters. »Ich halte es nicht für ein Ruhmesblatt, dass die Diskussion über diese Frage nicht schon viel früher zu einem Einvernehmen gebracht wurde.«

Dabei dürfe nicht sein Parteibuch im Fokus stehen. »Was ihn unvergessen macht, ist die Mitmenschlichkeit, die er unter den unsäglichen Bedingungen der KZ-Haft zeigte.« Nur das dürfe Kriterium sein. »Er war ein Mensch, der anderen half, zu einer Zeit und an einem Ort, die von Entmenschlichung gekennzeichnet waren«.

Daran knüpfte auch Referent Dr. Ulrich Peters an, der den kommunistischen Widerstand im KZ Buchenwald beleuchtete. »Walter Krämer war nicht nur ein standhafter Antifaschist und Retter für viele, sondern auch ein einwandfreier Charakter von einer Größe, der viele nur nacheifern können«, zog der Historiker ein persönliches Fazit.

Peter Hochhuth **Foto: Alex Völkel**

Joachim Mertens von der VVN-BdA berichtete: Seine Organisation habe den Vorschlag des Landrats, den neuen Platz vor dem Kreisklinikum nach dem autodidaktischen Arzt Krämer zu benennen, »dankend angenommen«. Allerdings müsse der Platz auch in die Straßenliste eingetragen werden und zur Adresse des Kreisklinikums (Walter-Krämer-Platz 1) werden. Zudem bedürfe es einer Gedenktafel.

Die Notwendigkeit dazu bestehe weiterhin, machte Peter Hochhuth im Namen der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora deutlich. Schließlich sei Krämer das Leben der anderen wichtiger gewesen als sein eigenes. Daher sei er stolz darauf, dass nach dem Tod der Menschen, denen Krämer einst als „Arzt von Buchenwald" das Leben rettete, nun deren Kinder und Enkel keine Mühen scheuten, um endlich die Ehrung zu erreichen.

Dabei, so Referent Prof. Dr. Kurt Pätzold, spielten Denkmäler, Gebäude oder die Namen von Straßen und Schulen eine wichtige Rolle. »Einen Großteil der Menschen bezieht dadurch einen Denkanstoß.« Daher lohne es, sich weiter für eine Benennung nach Krämer stark zu machen.

Prof. Dr. Kurt Pätzold **Foto: A. Völkel**

Alexander Völkel (WR).

Geschichtsberatung mit konkreten Arbeitsaufträgen

Internetauftritt für die Geschichtsarbeit erwünscht

Mitglieder aus acht Landesverbänden trafen sich Anfang Oktober in Kassel zu einer Beratung über die Geschichtsarbeit. Einem Auftrag des Bundeskongress folgend berieten sie über Aufgaben und zukünftige Projekte unserer antifaschistischen Geschichts- und Gedenkstättenpolitik.

Nach einem Einstiegsreferat über aktuelle Tendenzen der Geschichtspolitik wurden Projekte und Schwerpunkte der Landesverbände präsentiert, wie die Ausstellung »Arbeiterwiderstand« und »Deutsche Antifaschisten im sowjetischen Exil« vom Berliner Verband, das Projekt »Verbrechen der Wirtschaft« von Nordrhein-Westfalen u.a.

Mit der Frage, wie die Arbeit ohne die Zeitzeugen des antifaschistischen Kampfes gestaltet werden kann, beschäftigen sich alle Landesverbände. Antworten sucht man bei der geplanten Beratung »Kinder des Widerstandes«, auf den Treffen der »zweiten und dritten Generationen« und im Konzept »Zeugen der Zeitzeugen«.

Verbunden mit dem Verschwinden unserer Zeitzeugen wurde auch der Rolle der VVN-BdA und der Lagergemeinschaften gegenüber den jeweiligen Gedenkstätten thematisiert, wobei der politische Streit um die sächsische Gedenkstättenstiftung noch ein besonderes Problem darstellt. In der intensiven und konstruktiven Debatte wurden folgende Vorschläge unterbreitet:

Der Internet-Auftritt der VVN-BdA sollte noch besser die Geschichtsarbeit unterstützen. Das beinhaltet die Fortsetzung der Arbeit am »Antifa-Wiki« und die Einrichtung einer Unterseite, die sich mit Beiträgen, Erfahrungen unserer Geschichtsarbeit beschäftigt und praktische Hilfestellungen geben kann. Ein Konzept dazu wird erarbeitet.

Das Konzept »zweite Generation« soll im Jahr 2012 im Bundesausschuss vorgestellt und diskutiert werden.Das NRW–Projekt »Verbrechen der Wirtschaft« wird so aufbereitet, dass eine Beteiligung für andere Landesverbände und Kreisorganisationen möglich ist.

Bezogen auf die Gedenkstättenarbeit wurde vorgeschlagen, Anfang 2012 eine gemeinsame Beratung der VVN-BdA, der Lager(arbeits-)gemeinschaften mit Bündnispartnern über zukünftige Strategien gegenüber den Gedenkstätten durchzuführen.

Als inhaltliches Thema für das kommende Jahr wurde vorgeschlagen, einen didaktischen Workshop über Zugänge heutiger Generationen zu geschichtlichen Themen durchzuführen.

Dr. Ulrich Schneider

Die Beratung in Kassel zeigte einmal mehr, welches Gewicht die Geschichtsarbeit für die VVN-BdA besitzt und wie viele Erfahrungen in unseren Landesverbänden versammelt sind. Diese für die politische Arbeit zu nutzen, ist die Herausforderung für die Zukunft. **Ulrich Schneider**

Neofa-Ausstellung

Aktuelle Termine und Bestellung

Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter:

Neofaschismus in Deutschland
AUSSTELLUNG

http://neofa-ausstellung.vvnb-da.de/termine/

Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.

Militär soll keine Daten der Bürger erlangen

Die Meldestellen einiger Städte haben die Möglichkeit geschaffen, auf der WebSite der Stadt anzuklicken, wenn man nicht wünscht, von Anwerbern der Bundeswehr belästigt zu werden. Siehe z.B. www.domap.de

Darüber haben die Städte – und auch die Landes- und Bundesbehörden - jedoch nicht die Tagespresse informiert, so dass kaum bekannt ist, wie Bürgerinnen und Bürger ihre Daten vor dem Zugriff des Militärs schützen können.

Worum geht es?

Die Bundeswehr beansprucht trotz Aussetzung der Wehrpflicht die personenbezogenen Daten der jungen Bürgerinnen und Bürger. Und die Städte und Gemeinden liefern diese Daten aus, obwohl die betroffenen Bürger/innen dies untersagen dürfen. Doch kaum jemand kennt seine Rechte. Deshalb empfiehlt die VVN-BdA, solche Briefe wie unten an die Meldeämter zu senden. Zusatz für ehemalige Bundeswehrangehörige: Es empfiehlt sich, der Bundeswehr zu schreiben: Bitte nehmen Sie auch zur Kenntnis und geben Sie dies an die Wehrverwaltung weiter, dass ich keine Vorladungen zu Reserveübungen und -einsätzen wünsche. Ich verweigere den Kriegsdienst.

Hier ist der erforderliche Musterbrief:

An die Stadt
Bürgerdienste
Meldestelle
44xxx Stadt (einfügen)
Straße (einfügen)

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bitte Sie darum, eine Auskunftserteilung an das Bundesamt für Wehrverwaltung für meine Person zu unterlassen und mir dies schriftlich zu bestätigen.
Ich möchte kein Werbematerial fürs Militär erhalten und möchte auch sichergehen, dass die Bundeswehr nicht in den Besitz meiner Daten gerät.Mit freundlichen Grüßen

Hannah (oder Hans) Mustermann
Musterstr. 11
00000 Musterstadt
Geburtstag und –ort (unbedingt angeben)

Trauer um Hans Heinrich Holland

Hans Heinrich Holland ist am 23. Oktober im Alter von 63 Jahren verstorben.

Der Kommunalpolitiker, Lehrer und VVN-BdA-Aktivist aus Herten wird uns sehr fehlen.

Er hat besonders zum Thema Zwangsarbeit gearbeitet (siehe www.nrw.vvn-bda.de) und über Agnes Miegel geforscht.

Er erreichte, dass in zahlreichen Städten endlich der Straßenname dieser Nazidichterin getilgt wurde.

Der öffentliche Druck wächst

Oktoberfestattentat: Für Wiederaufnahme der Ermittlungen

Die Einladung zur Podiumsdiskussion im Bayerischen Landtag trug die Überschrift „Oktoberfestattentat – Ermittlungen wieder aufnehmen, Rechtsextremismus bekämpfen."

Unterzeichnet hatten sie die Landtagsabgeordneten Florian Ritter von der SPD und Sepp Dürr von Bündnis 90/Die Grünen. Am 26. September, dem 31. Jahrestag des Bombenanschlags, der 1980 in München dreizehn Todesopfer und 211 zum Teil schwer Verletzte gefordert hatte, war wie in den Jahren und Jahrzehnten zuvor bereits am Vormittag mit einer Kranzniederlegung und einer von der DGB-Jugend veranstalteten Gedenkfeier am Wiesneingang der Opfer gedacht worden. Am Abend drängten sich dann Menschen unterschiedlichsten Alters und politischer Orientierung im Saal 3 des Parlamentsgebäudes, nicht zuletzt, um – wie es im Einladungsschreiben gestanden hatte – „der Forderung nach einer Wiederaufnahme der Ermittlungen Nachdruck zu verleihen."

Auf diese Forderung, für die es seit einigen Monaten immerhin einen einstimmigen Beschluss der Abgeordneten des Landtags gibt, hatte bei der Gedenkfeier schon der Präsident des Bayerischen Landesjugendrings, Matthias Fack, verwiesen. Oktoberfestbesucher aus aller Welt hielten während der Feier am Mahnmal inne und erfuhren etwas über den Anschlag, über die Opfer und über das neofaschistische Umfeld des beim Attentat umgekommenen Täters und seiner bis heute nicht ermittelten Mittäter und Helfershelfer.

„Dass dieses Thema in einem deutschen Parlament behandelt wird, hat es bisher noch nie gegeben", meinte, die Diskussion am Abend einleitend, Franz Schindler, SPD-MdL und Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bayerischen Landtags. „Das ist denen zu verdanken, die 31 Jahre nicht locker gelassen haben." Gemeint waren damit auf dem Podium der Journalist und Buchautor Ulrich Chaussy und der Anwalt von Anschlagsopfern und -hinterbliebenen Werner Dietrich. Gemeint waren aber auch jene Bürgerinnen und Bürger und Organisationen, die mit Mahnwachen, Demonstrationen und Kundgebungen seit 1980 daran erinnert hatten, dass die offizielle These vom „verwirrten" Einzeltäter Gundolf Köhler von Anfang an von den politischen Hintergründen des Anschlags ablenken sollte. Zu diesen Mahnern gehörten stets auch die VVN-BdA und ihre Mitglieder.

Matthias Fack, Präsident des Bayerischen Jugendrings, bei seiner Gedenkrede am Mahnmal für die Opfer des neofaschistischen Oktoberfestattentats.
Bild: Marcus Buschmüller

Asservaten-Entsorgungen

War auch manches bekannt, so war es doch wieder erschreckend, zu hören, mit welcher (milde ausgedrückt) Nachlässigkeit Polizei und Bundesanwaltschaft Zeugenaussagen und Beweismittel behandelten, die nicht zur „Einzeltäter"-Theorie passten. Während noch in den entlegensten Mordfällen heutzutage stolz das aufbewahrte Material für nun mögliche DNA-Analysen präsentiert wird, kam es im Münchner Massenmord-Fall zu unglaublichen Asservaten-Entsorgungen: von den berühmten Zigarettenkippen bis hin zu menschlichen Gliedmaßen.

Für ein wieder gewachsenes öffentliches Interesse an der Aufarbeitung des Attentats steht der unlängst im „Spiegel" erschienene Artikel „Im rechten Netz". Aufgezeigt wird darin, dass das neofaschistische Engagement des Bombenlegers Köhler sich nicht, wie oft behauptet, auf seine auch von den Behörden zugestandenen Kontakte zur „Wehrsportgruppe Hoffmann" beschränkte. Schon von früher Jugend an sei er bei NPD und Wikingjugend zugange gewesen, später im Umfeld des in Braun- und Grauzonen aktiven „Hochschulrings Tübinger Studenten". Köhler befürwortete, wird einer seiner Freunde zitiert, „die Vernichtung der Kommunisten und Juden im Dritten Reich".

Neue Erkenntnisse

Nicht alles im aktuellen „Spiegel"-Bericht steht in „bislang unbekannten Dokumenten", auf die stolz verwiesen wird. Manches ist schon in Ulrich Chaussys 1985 erschienenem Buch „Oktoberfest – ein Attentat" nachzulesen. Aber die Fakten mehren sich – trotz jahrzehntelangen offiziellen Quellen-Raubbaus. So können lange wegen „Datenschutzes" gesperrte Akten nun zumindest teilweise eingesehen werden, inzwischen offen gelegte Beobachtungen bundesdeutscher Neonaziszenen durch damalige DDR-Nachrichtendienste brachten ebenfalls interessante Erkenntnisse.

Weshalb auch der „Spiegel" nun nach langer Zeit wieder einmal die „Wem nützt das"-Frage aufwirft. Diese wurde von jenen, „die 31 Jahre lang nicht locker ließen", stets gerne gestellt und ebenso gerne von Politik und den meisten Medien als „Verschwörungstheorie" zurückgewiesen. Sie hat mit dem Bundestagswahlkampf im Herbst 1980 und dem Kandidaten Franz Josef Strauß zu tun. Köhler habe, so der „Spiegel", wenige Wochen vor dem Oktoberfest in einem Gespräch gemeint, „man könne doch einen Bombenanschlag in Berlin, Hamburg oder München verüben." Danach, zitiert das Blatt wörtlich, „könnte man es den Linken in die Schuhe schieben, dann wird der Strauß gewählt". „Ähnliches", heißt es in dem Artikel weiter, „hatten Neofaschisten in Italien bereits vorgemacht. Nur acht Wochen zuvor hatte ein Bombenanschlag den Bahnhof von Bologna verwüstet, 85 Menschen starben, 200 wurden verletzt. Das rechtsextreme Attentat wurde zunächst als Tat linker Terroristen dargestellt."

Erik Eichhorn

Wir gratulieren…

…natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November

Wolfgang Kummer, München, 84 Jahre; Karl Heinz Schneider, Augsburg, 65 Jahre; Friedbert Mühldorfer, München, 60 Jahre.

Dezember

Irmgard Göhring, Birgland, 90 Jahre; Franz Prockl, München, 89 Jahre; Bruno Köhler, Schweinfurt, 86 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 85 Jahre; Maria Luise Bertram, Augsburg, 82 Jahre; Anna Mederitsch-Höllering, München, 75 Jahre; Bernd Irmler, St. Englmar, 70 Jahre; Bernhard Wette, Leutkirch, 70 Jahre; Gertrud Neidinger, Nürnberg, 65 Jahre; Brigitte Felsl-Schneider, Augsburg, 65 Jahre; Horst Rupp, Bamberg, 65 Jahre; Ellen Keller, München, 60 Jahre; Martha Metzger, Augsburg, 60 Jahre; Klaus Lueger-Muth, Diedorf, 60 Jahre; Erwin Koch, Hallstadt, 60 Jahre; Peter Miche, Nürnberg, 60 Jahre.

Widerstand wenig gewürdigt

»Augsburger Allgemeine« über den Umgang mit NS-Verfolgten

Über Widerstand und Verfolgung, aber auch über den Umgang mit politischen Nazigegnerinnen und -gegnern aus der Arbeiterbewegung nach 1945 und mit der VVN-BdA bis heute informierte kürzlich kritisch eine schön gestaltete und bebilderte Doppelseite in der Augsburger Allgemeinen Zeitung (AZ). Mit Kurzbiographien Verfolgter und einem Hauptartikel mit der Überschrift und Einleitung: »Augsburg unterm Hakenkreuz. NS-Zeit. Frauen und Männer kämpften gegen das Regime. Viele wurden deshalb umgebracht. Die anderen wurden nach dem Krieg weiter angefeindet.«

Der Artikel, dem das Motto » ›Die Würde des Menschen ist unantastbar.‹ (Artikel 1 des Grundgesetzes)« vorangesetzt ist, handelt von Josef und Anni Pröll, deren Erlebnisse und Erfahrungen den »roten Faden« für eine Geschichtserzählung der etwas anderen Art geben.

»Vierunddreißig Jahre war die NS-Zeit vorbei«, schreibt die AZ-Autorin, »da durfte Josef Pröll nicht im Königsbrunner Gymnasium sprechen. Er durfte 1979 nicht erzählen, wie er und seine Frau Anna im Kampf gegen Hitler ihr Leben riskiert hatten. Wie sie beide ins KZ kamen, er jahrelang. (…) Er durfte es nicht erzählen, weil er Mitglied in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes war. Der VVN gilt dem bayerischen Verfassungsschutz auch heute noch als ›linksextremistisch beeinflusst‹. Außerdem war Pröll Mitglied einer kommunistischen Partei.«

Über Anni Pröll, jahrzehntelang Mitglied im Landesvorstand der VVN-BdA Bayern, wird unter anderem berichtet: »(Sie) erhielt 2002 das Bundesverdienstkreuz. Eine späte Ehrung, sagten manche. Sie sagte: ›Ach wissen Sie, es hätte viele andere gegeben, die diesen Orden verdient hätten, aber nicht mehr leben.‹ 2003 wurde sie Ehrenbürgerin der Stadt Augsburg. Von den 80er Jahren bis zu ihrem Tod 2006 setzte sie die Aufgabe fort, zu erzählen, was sie, ihr Mann und andere während des NS-Regimes erlebt hatten. Denn dann erst war es möglich. (…) Nach dem Krieg waren die Augsburger Widerstandskämpfer Anfeindungen ausgesetzt. Als ›KZler‹ fanden sie nicht einmal eine Wohnung in ihrer Heimatstadt.«

Anni Pröll 2002 mit einer Kameradin bei der Begegnung ehemaliger Gefangener der Frauen-KZs Moringen und Ravensbrück in der KZ-Gedenkstätte Dachau. Bild: privat

Neben dem Artikel ein Interview. »Warum Menschen sich heute noch gegen Neonazis einsetzen« steht darüber und weiter: »Dr. Harald Munding (56 Jahre) ist im Stadtteil Oberhausen geboren. Er arbeitet als Arzt am Klinikum.« Ehrenamtlich ist er Sprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN) in Augsburg. »Lässt sich das Jugendlichen 70 Jahre nach der NS-Zeit vermitteln?«, fragt die Journalistin über Lehren für heute. »Das Interesse ist vorhanden, das merkt man bei Führungen oder Demos, an denen viele junge Menschen teilnehmen…«, meint Munding. »Es muss gezeigt werden, wohin Rassismus, Antisemitismus und Gewaltverherrlichung führen können, wie fließend die Grenze ist. Gleichzeitig gilt es zu zeigen, warum es sich lohnt, Demokratie zu leben und sich dafür zu engagieren.«

Alles in guter Verfassung?

Eindrücke von der VVN-BdA-Landes-MV in Freising

Es gab die Intervention eines jüngeren Kameraden aus einer Region, in der sie es derzeit dauernd mit einem führenden Neonazi, dessen Anhang und Aktivitäten zu tun haben. Er sei es, meinte er, allmählich Leid, dass die VVN-BdA sich ständig mit Verfassungen beschäftige und sich selbst versichere, wie sehr sie doch auf deren Boden stünde. Es gäbe schließlich Wichtigeres zu tun.

Das blieb, nach dem Einführungsreferat von VVN-Landessprecher Friedbert Mühldorfer bei der Landesmitgliederversammlung in Freising zum Thema »65 Jahre bayerische Verfassung und die VVN-BdA heute«, nicht unwidersprochen. Der Referent hatte versucht, »antifaschistische Positionen in der Bayerischen Verfassung« herauszuarbeiten, ihre Entstehungsgeschichte und die damals handelnden Personen und Gruppen zu schildern, Entwicklungen hin zum Grundgesetz der Bundesrepublik aufzuzeigen und den Umgang mit diesen Verfassungsdokumenten vom Kalten Krieg bis in die Gegenwart. In der ja wieder einmal (nicht nur) der VVN unterstellt wird, sie verfolge »verfassungsfeindliche« Ziele.

Die Diskussion danach war lebendig, unterlegt mit vielen persönlichen Erfahrungen – und wäre vielleicht ohne die anfängliche Intervention weniger rege ausgefallen. Zeigte sich hier aber schon, dass Zeitdruck wenig hilfreich ist, wurde das nachmittags nach dem Gastreferat von Ulrich Schuster von der Landesarbeitsgemeinschaft politisch-kulturelle Bildung Sachsen e.V. noch deutlicher. Zur Klärung des Themas »Wie viel Demokratie verträgt die fdGO?« hätte es denn doch eingehenderer Auslotungen der Frage bedurft, wer jetzt gerade was unter jener »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« versteht.

Aber da pfiffen am Freisinger Bahnhof schon wieder die Züge, die nicht nur auf den Gastreferenten warteten. Ist nicht weiter tragisch. Versammlungen sind endlich – und zwischen 40 und 50 Leute waren da und wollen wohl weiter diskutieren. Gelegenheiten werden sich finden.

Ernst Antoni

Spenden für die VVN-BdA Bayern

Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis:

Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern,
Frauenlobstr. 24,
80337 München,
Tel 089/53 17 86,
Fax: 089/53 89 464,
Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Jugendliche nicht nur als Besucher

Beispielhafte Aktionswochen: »Offenbacher Tage gegen Rechts«

Fast schon zu einem traditionellen Ereignis geworden sind die im Herbst stattfindenden »Offenbacher Tage gegen Rechts«. Getragen werden sie von einem breiten Bündnis aus DGB, Ver.di, DGB-Jugend, COURAGE, Geschichtswerkstatt und der VVN-BdA Kreisvereinigung Offenbach.

In diesem Jahr auf den 2. bis 17. November terminiert, wenden sich die »Offenbacher Tage gegen Rechts« insbesondere an Jugendliche, und zwar nicht nur als Besucher der Veranstaltungen.

Bereits im Vorfeld der Tage haben Jugendliche aus Schulen, Vereinen, Jugendzentren und Kirchengemeinden sich mit örtlichen Ereignissen der Nazizeit befasst und dabei das Schicksal jüdischer Jungen und Mädchen aus Offenbach erforscht.

Im Rahmen der Aktionswochen findet so auch eine weitere Stolperstein-Verlegung statt, die diesmal an jüdische Opfer erinnert, die aus Offenbach deportiert wurden: 41 Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Dazu findet am 14. November im Haus der Stadtgeschichte eine Gedenkveranstaltung statt. Die Stolpersteine werden am 16. und 17. November an zwölf Stellen der Stadt verlegt.

Ein weiterer Schwerpunkt der diesjährigen Offenbacher Tage gegen Rechts ist die Ausstellung des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-45 »Es lebe die Freiheit – Jugendliche gegen den Nationalsozialismus«. Auf rund dreißig Tafeln zeigt sie die Vielfalt des Widerstandes junger Menschen gegen den Faschismus. Sie ist noch bis zum 16. November in der Rudolf-Koch-Schule (Schloßstr.50, täglich bis 17 Uhr) zu sehen. Passend dazu spricht Prof. Titus Simon am 15.11. in der VHS (Berliner Str.77, um 18 Uhr) über »Jugendkulturen in der Weimarer Republik zwischen Anpassung und Widerstand«.

Zum Gesamtprogramm gehören außerdem Kinovorstellungen mit den Filmen »Alemanya« und »Edelweißpiraten« sowie eine dreistündige Stadtrundfahrt »Auf den Spuren der NS-Zeit«.

Offenbacher Tage gegen Rechts
02. – 17. November 2011

Ausstellung
„Es lebe die Freiheit“
Jugendliche gegen den Nationalsozialismus
Mi., 02. – 16. November /Mo. - Fr., 10:00 – 17.00 Uhr
Rudolf-Koch-Schule, Schloßstr. 50
Eröffnung: Mi., 02. November - 19.00 Uhr

Vortrag von Prof. Dr. Titus Simon
„Jugendkulturen in der Weimarer Republik - zwischen Anpassung und Widerstand“
Di., 15. November - 18.00 Uhr
Volkshochschule Offenbach, Berliner Str. 77/Eintritt frei

Kinofilme
für Schulklassen/Jugendgruppen
Di., 08.11. – 10.00 Uhr
„Alemanya“
Mi., 09.11. – 10.00 Uhr
„Edelweißpiraten“
Cinemaxx Offenbach, Berliner Str. 210
Eintritt: 5,00 € - Anmeldungen: Tel. 069-80907210

Stolpersteine in Offenbach
Mo., 14. November – 19.00 Uhr
Haus der Stadtgeschichte, Herrnstr. 61
Gedenkveranstaltung
Mi., 16./Do., 17. November – tagsüber
Verlegung

Stadtrundfahrt
„Auf den Spuren der NS-Zeit“
So., 06. November – 14.00 Uhr
Abfahrt: Berliner Str./gegenüber Rathaus – Preis: 7,00 €
Informationen /Anmeldung bei der VHS Offenbach

Kranzniederlegung und Gedenken
für die Opfer des Faschismus
und in Erinnerung an die Pogromnacht vom 09.11. 1938
Di., 09. November – 17.00 Uhr
Mahnmal auf dem Platz der deutschen Einheit

Für Menschlichkeit und Solidarität
COURAGE
Offenbacher Bündnis gegen rechte Gewalt und Rassismus
DGB · ver.di · DGB Jugend · VVN-BdA · vhs

V.i.S.d.P.: Bündnis Courage, co.DGB Region Südosthessen, Bieberer Str. 39, 63065 OF

Offenbacher Tage gegen Rechts

Traditionell fand am 9. November am Mahnmal für die Opfer des Faschismus am Platz der Deutschen Einheit eine Gedenkveranstaltung statt. Rednerin war in diesem Jahr die Zeitzeugin Edith Erbrich aus der Nachbarstadt Langen, Überlebende des KZ Theresienstadt.

Weitere Infos auf der Offenbacher VVN-Homepage: http://offenbach.vvn-bda.de.

Barbara Leissing

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax:
069 / 5 97 05 24,

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BDA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto.-Nr.: 493330-602, BLZ: 5001006

Erinnerung an Peter Gingold

Filmvorführung anlässlich des 5. Todestages

Am Vorabend des fünften Todestages von Peter Gingold wurde im Frankfurter Club Voltaire die erweiterte Fassung des Dokumentarfilms »Zeit für Zeugen – Eine Hommage an Ettie und Peter Gingold« gezeigt.

Peter Gingold ist 90jährig am 29.Oktober 2006 gestorben. Die in Frankfurt entstandene ›Ettie-und-Peter-Gingold-Erinnerungsinitiative« lud zu der Filmvorführung ein. Die Initiative wird von einem breiten Kreis von Persönlichkeiten aus dem Rhein-Main-Gebiet unterstützt. Mit Projekten der verschiedensten Art will sie die Erinnerung an die beiden Antifaschisten wach halten und antifaschistische Erinnerungsarbeit betreiben.

Der Film, der nach der Uraufführung im Mai im Frankfurter Gewerkschaftshaus nunmehr um einige weitere Statements ergänzt wurde - und in Kürze auch als DVD verfügbar sein wird - zeigt Aufnahmen aus dem Leben und Wirken von Ettie und Peter Gingold.

Darüber hinaus schildern über zwanzig Persönlichkeiten aus ihren Begegnungen, Eindrücken und Erlebnissen mit den und durch die Gingolds. Zu denen, die sich so in dem Film äußern, gehören die Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Abendroth, der Schauspieler Rolf Becker, die Auschwitz-Überlebende Esther Bejarano, Harald Fiedler (DGB), Heinrich Fink und Cornelia Kerth (VVN), Jürgen Lamprecht (Naturfreunde), Ulli Nissen (SPD), Willi van Ooyen (Die Linke), Ulrich Schneider (FIR), Andy Steimann (Jüdische Gemeinde), Ellen Weber (DKP) und die Tochter Sylvia Gingold.

Weitere Informationen unter www.Gingold-Initiative.de

P.C.Walther

Nur Stolperstein erinnert an Hermann Falck

Grabstätte wegen »Ablauf der Ruhefrist« abgeräumt

Mehrere Stolpersteine wurden auch in Darmstadt bereits verlegt. Doch für die VVN-Kreisvereinigung Starkenburg (Darmstadt/Dieburg/Groß-Gerau) war kürzlich eine Stolpersteinverlegung etwas Besonderes, weil sie die erste war, für die die Kreisvereinigung die Patenschaft übernommen hat.

Das war möglich geworden durch die Spende unseres verstorbenen Kameraden Heinz Schäfer.

Entschieden hatten wir uns für das Gedenken an Hermann Falck. Er war am 9. April 1943 im Alter von 25 Jahren im Zuchthaus Brandenburg-Görden wegen »Wehrkraftzersetzung« hingerichtet worden. Bei der Darmstädter Firma Merck hatte er eine kaufmännische Lehre absolviert. 1940 wurde er zum Wehrdienst eingezogen. Aufgrund seiner Sprachkenntnisse kam er zu einer Dolmetscherkompanie. In Frankreich setzte man ihn auch bei Verhören der Gestapo ein. Als Christ geriet er dabei immer mehr in Zweifel mit dem Erlebten. Das vertraute er seinem Tagebuch an. Ein Kompanieangehöriger denunzierte ihn.

Im Beisein von zwei Verwandten, der örtlichen Stolperstein-Initiative, Vertretern der DFG-VK, einem Vertreter des städtischen Kulturamtes, Anwohnern der Karlstr. 20 und der VVN-BdA, die den Stolperstein initiiert hatte, wurde dieser vom Künstler Gunter Demnig verlegt.

Nur Stolpersteine...

Der Stolperstein ist gegenwärtig das Einzige in Darmstadt, was an Hermann Falck erinnert. In früheren Jahren hatten Repräsentanten der Stadt auf dem Alten Friedhof am Grab von Hermann Falck wiederholt Kränze niedergelegt und dabei in ihren Reden Falck in eine Reihe mit den Männern des 20.Juli gestellt. Doch zu einer Ehrengrabstätte kam es dennoch nicht. Vielmehr wurde das Grab von Hermann Falck wegen »Ablauf der Ruhefristen« abgeräumt.

Mit dem Wunsch nach einer Gedenkstätte für Hermann Falck wandte sich die örtliche DFG-VK an den Oberbürgermeister. Dieser unterstützt nunmehr die Errichtung einer entsprechenden Gedenktafel auf dem Alten Friedhof.

Die Darmstädter VVN-BdA will im kommenden Frühjahr mit einem weiteren Stolperstein an den Darmstädter Kommunisten Georg Fröba erinnern.

Monika Kanzler-Sackreuther

Kassel: Nazis in die Schranken gewiesen

Doch was ist mit der »Mitte der Gesellschaft« ?

Auch wenn es in den letzten Monaten keine spektakulären Vorfälle gab, sind Nazis in Kassel ein Problem. Sachbeschädigungen am Büro der LINKEN und das Beschmieren von Wahlplakaten mit Hakenkreuzen zeigen, dass Neonazis nicht vor Gewalttaten zurückschrecken. Zu nennen sind die Kameradschaft »Sturm 18« und der »Freie Widerstand Kassel«, die durch Provokationen, Gewalttaten und Propagandadelikte in Erscheinung treten.

Aufgerufen vom »Bündnis gegen Rechts«, dem Gewerkschaften, verschiedene Parteien, Initiativen, antifaschistische Organisationen und natürlich die Kasseler VVN-BdA angehören, zeigten am 17. September in einer Demonstration vom Kulturbahnhof in die Nordstadt weit über tausend Menschen, dass in dieser Stadt kein Platz für Nazis ist. Am Vorabend hatten Nazis in der Stadt Parolen gesprüht. Zwei Täter wurden noch in der Nacht auf frischer Tat ergriffen und festgesetzt. Auch der Versuch von Anhängern der Kameradschaft »Sturm 18«, in die Nähe der Demonstration zu kommen, wurde von der Polizei konsequent vereitelt.

Im Vorfeld gab es intensive Diskussionen: Reicht es gegen Neonazis aufzutreten? Müssen wir uns nicht klarer gegen jene wenden, die »aus der Mitte der Gesellschaft« Rassismus und Naziideologie fördern? Welcher Zusammenhang besteht zwischen Wirtschaftskrise, der Abwälzung der Krisenlasten auf die breite Masse der Bevölkerung und dem Anwachsen extrem rechter politischer Gruppen?

Im Aufruf und in der Aktion wurde klar Position bezogen - nicht nur gegen Neonazis, sondern gegen alle Formen von alltäglichem Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamfeindlichkeit, wie man sie am Arbeitsplatz, in der Schule, in den Leserbriefen der Tageszeitung, in scheinbar anonymen Internet-Foren oder anderen Orten des täglichen Zusammenlebens erlebt. Dabei muss - so heißt es in dem Aufruf - »dieser Widerstand gegen Neofaschismus und Rassismus verbunden werden mit dem Eintreten für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen.«

Die breite Beteiligung an der Demonstration machte den Kasseler Neonazis und ihren (un-)heimlichen Sympathisanten deutlich: »Wir treten gemeinsam ein gegen Rassismus, Fremdenhass, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!« Auch zukünftig wird sich das »Bündnis gegen Rechts« mit Aktionen in die gesellschaftliche Debatte um Neonazis und Rechtspopulismus einmischen, beschloss das Forum in Auswertung der Demonstration.

Bernd Kant

Erweiterte Ausstellung „Trotz alledem!“

Eine mit zusätzlichen Porträts und Biographien von Widerstandskämpfer/innen aus dem Rhein-Main-Gebiet – darunter Wolfgang Abendroth, Irmgard Heydorn und Albert Simmerdinger - erweiterte Fassung des Ausstellungs-Projekts „Trotz alledem!“ wird im November vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-45 in Kooperation mit der Stadtteilbibliothek Frankfurt-Rödelheim in deren Räumen (Radilostr.17-19, dienstags bis samstags nachmittags) gezeigt. Im Zusammenhang damit finden im gleichen Raum jeden Dienstagabend jeweils um 19 Uhr Veranstaltungen (Lesungen und Gespräche) statt. Infos: www.widerstand-portrait.de und www.widerstand-1933-1945.de

Infos aus Nordhessen

Informationen über die extreme Rechte in Nordhessen sammelt und veröffentlicht die Webseite http://recherche34.wordpress.com

3. Mal Rock für Toleranz

An den Überfall rechter Schläger der »Freien Kräfte Schwalm Eder« auf ein Zeltlager der Linksjugend »solid« vor drei Jahren erinnern seitdem Rock-Konzerte für Toleranz, die von nordhessischen Antifas zusammen mit Gewerkschaftsjugend, Jusos, solid-Jugend und VVN veranstaltet werden. In diesem Jahr fand das dritte Open-Air-Konzert in Treysa statt. Dabei wurde auch die Neofaschismus-Ausstellung der VVN gezeigt.

db

Mahnmal Ahlem: Zeitzeugengespräch und Feierstunde

Als Kindersklave im Ghetto und im KZ

Mit dem Mahnmal für das ehemalige KZ Hannover-Ahlem ist die Kreisvereinigung Hannover in besonderer Weise verbunden. Das verstorbenes Ehrenmitglied Kurt Baumgarte aus Hannover war Mitbegründer des Arbeitskreises »Bürger gestalten ein Mahnmal«.

Ohne diese Initiative gäbe es heute den würdigen Ort nicht, an dem der Hunderten von Opfern gedacht werden kann, die dort beim Bau eines Asphaltstollens für die unterirdische Rüstungsproduktion bis kurz vor der Befreiung durch die US-Truppen zu Tode geschunden worden waren.

Die Heisterbergschule, eine Schule im Stadtteil, hat für dieses Mahnmal seit Jahren die Patenschaft übernommen. Im September veranstaltete sie in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis ein Zeitzeugengespräch mit Chaim Liss, einem der letzten Überlebenden dieses Lagers. Anlass war die Fertigstellung einer Informationstafel auf dem Gelände des Mahnmals im Auftrag der Landeshauptstadt.

Chaim Liss war nach dem Überfall der faschistischen Wehrmacht auf Polen im Alter von acht Jahren mit seiner Familie in das Ghetto von Lodz gekommen. Er arbeitet dort bald als Hilfskraft eines Elektrikers in einem Metallbetrieb. Mit der schrittweisen Auflösung des Ghettos verlor er alle Mitglieder seiner Familie bis auf seinen Vater. Mit diesem wurde er 1944 nach Auschwitz deportiert und, trotz seiner Jugend, als »Elektriker« als arbeitsfähig selektiert. Es gelang ihm, sich in den Transport seines Vaters nach Hannover einzuschmuggeln. Dort leistete er Zwangsarbeit zunächst bei Varta aus dem Quandt-Konzern, dann am Asphaltstollen in Ahlem. Sein Vater verstarb neben ihm auf der Pritsche. Chaim Liss erlebte die Befreiung durch US-Truppen, meldete sich zu einer Ausbildung als Techniker in Großbritannien und ging dann nach Palästina.

Chaim Liss beim Zeitzeugengespräch an der Heisterbergschule
Foto: rwk (Reinhold Weismann-Kieser)

Vier Schülerinnen und Schüler der Schule hatten im Unterricht Fragen erarbeitet, die sie an diesem Vormittag Chaim Liss stellten. Er stand mit der ruhigen Distanz des Zeitzeugen Rede und Antwort. Gerade dadurch wurde die Veranstaltung zu einem eindringlichen Erlebnis!

Anschließend fand am Mahnmal die Feierstunde für die Enthüllung der Informationstafel statt. Ruth Gröne von Arbeitskreis »Bürger gestalten ein Mahnmal« und Chaim Liss ergriffen das Wort. Bezirksbürgermeister Wilfried Gunkel übergab die Tafel der Öffentlichkeit. rwk

36 neue Stolpersteine in Hannover verlegt

Am 6. und 7. Oktober wurden in Hannover in verschiedenen Stadteilen an 15 Orten insgesamt 36 neue Stolpersteine verlegt. Gedacht wurde dabei einer großen Zahl von Menschen jüdischen Glaubens bzw. jüdischer Herkunft, die durch die Faschisten verfolgt und ermordet worden waren. Stolpersteine wurden erstmals auch für drei Homosexuelle verlegt, die Opfer des Naziterrors geworden waren.

Herausragendes Ereignis war die Ehrung für Ada und Theodor Lessing an ihrem letzten Wohnsitz in Hannover-Anderten. Beide hatten sich um die Gründung der Volkshochschule Hannover verdient gemacht. Als Philosoph und Aufklärer und als Kritiker der gesellschaftlichen Zustände seiner Zeit war Theodor Lessing bei allen Reaktionären verhasst. Ziel wütender Verfolgung wurde er besonders durch seine Kritik an der Persönlichkeit Paul Hindenburgs anlässlich der Wahl zum Reichspräsidenten 1924. 1933 gelang dem Ehepaar Lessing gerade noch die Flucht in das tschechische Marienbad, wo Theodor Lessing dann 1934 einem feigen Mordanschlag durch einen SA-Mann zum Opfer fiel.

Nach 1945 kehrte Ada Lessing zurück. Eine Funktion beim Wiederaufbau der Volkshochschule Hannover wurde ihr allerdings versagt! Erst vor wenigen Jahren entsann sich die Stadt ihrer Ehrenpflicht und benannte diese Institution nach den beiden Menschen, die sie gegründet haben.

Prof. Dr. Gorny spricht **Fotos: rwk**

Zu der Feierstunde war die Belegschaft der »Ada und Theodor Lessing Volkshochschule« erschienen, ebenso eine Abordnung der »Ada-Lessing-Schule«, einer Hauptschule. Prof. Dr. Peter Gorny, Enkel von Ada und Theodor Lessing, berichtet über den Lebensweg und das Wirken seiner Großeltern.

Für viele aus der hannoverschen VVN-BdA-Kreisvereinigung war von besonderer Bedeutung die Verlegung eines Stolpersteins für Walter Bitterlich. Als Kommunist und Antifaschist war er zwischen 1933 und 1944 im Widerstand und der illegalen Arbeit seiner Partei tätig, tatkräftig unterstützt durch seine Ehefrau Mimi. Bald war er dadurch ins Visier der Gestapo geraten. Verhaftung, Bedrohung und Hausdurchsuchung waren die Folge. Im November 1944 wurde er unter einem verleumderischen Vorwand verhaftet und über Neuengamme und Mittelbau-Dora nach Buchenwald verschleppt, wo er kurz vor der Befreiung kaum 46-jährig umkam. 22 Jahre blieb die Familie über seinen Tod im Ungewissen. Eine Entschädigung erhielt sie nie!

Mimi Bitterlich und ihre Kinder Ingeborg (Jahrgang 28) und Walter (Jahrgang 30) führten nach der Befreiung die politische Arbeit weiter. Sie waren beim Aufbau der KPD, der FDJ und natürlich auch der VVN aktiv. Ingeborg heiratete Werner Müller, den sie bei der Jugendarbeit kennen gelernt hatte. Mit Verschärfung des Kalten Krieges wurden sie alle dann sehr bald Ziel polizeilicher und gerichtlicher Verfolgung. Walter jun. und Werner mussten lange Zeit im Gefängnis verbringen. Walter verstarb überraschend 1966 mit kaum 35 Jahren. Inge und Werner waren noch viele Jahre in der VVN/BdA und nach 1968 auch beim Aufbau der DKP aktiv.

Auf Initiative seiner Enkelin Tatjana Bitterlich erhielt Walter Bitterlich sen. durch den Stolperstein vor seinem letzten Wohnhaus endlich einen Gedenkort. Denn sein Grab war unbekannt geblieben. Die Vertreter der Kreisvereinigung verteilten einen biographischen Abriss über das Wirken und das Schicksal der Familie und legte Blumen nieder. rwk

Der Stolperstein für Walter Bitterlich sen.

Informationen über die Rechten in Europa

VVN-BdA bei interkultureller Woche dabei

»Zusammen halten – Zukunft gewinnen« - das war das Motto der diesjährigen (35.) Interkulturellen Woche in Wolfsburg, an der sich die VVN/BdA zusammen mit 62 Organisationen und Vereinen beteiligt hat.

Konkret hat die VVN/BdA zwei Vorträge mit Diskussion angeboten. Zum einen zum Thema »Rechtsentwicklung in der Region« von David Janzen, freier Mitarbeiter der »Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus und Gewalt« aus Wolfsburg/Braunschweig, gab einen Überblick über die Rechtsentwicklung in der Region Gifhorn-Wolfsburg-Braunschweig.

Der glückliche Gewinner der CD.

Reges Interesse fanden einige Fotos insbesondere bei davon überraschten Mitarbeiter/innen des Integrationsreferates der Stadt.

Die Fotos zeigten eine Wolfsburger städtische Personalrätin bei unterschiedlichen Gelegenheiten im Kreise von Rechten. Auch die Tatsache, dass der Chefkoch des angesehenen Parkhotels im NPD-Unterbezirk Kassierer ist, war vielen Anwesenden noch nicht bekannt.

Weiter hielt Carsten Hübner, IG Metall-Sekretär und VVN-Mitglied, einen Vortrag zum Thema »Europa rechts außen«. Er stellte in seinem Vortrag rechte Parteien und Netzwerke in Europäischen Parlamenten dar und verglich sie miteinander. Als Fazit ist festzustellen: In fast allen europäischen Parlamenten außer in der BRD etablieren sich die Rechten bedrohlich, sie vernetzen sich europaweit und betreiben mit unterschiedlichen Akzentuierungen, wie wir wissen, demokratie-, fremden- und islamfeindliche, rassistische, antisemitische, national bestimmte Propaganda.

Die Ausstellung „Neofaschismus in Niedersachsen" fand konzentrierte Beachtung

Auch bei der Abschlussveranstaltung war die VVN/BdA mit der Ausstellung »Neofaschismus in Niedersachsen« (zusammen mit der IGM Wolfsburg) beteiligt sowie durch einen Infostand, an dem man die CD »Den Rechten die Zähne zeigen« gewinnen konnte, wenn man ein Quiz zu Gedenkstätten in Wolfsburg richtig ausgefüllt hatte. Natürlich konnte man die Antworten auf einer Tafel finden, die mit Fotos und konzentrierten Informationen ausgestattet war.

Die Beteiligung an der Interkulturellen Woche entspricht dem antifaschistischen und antirassistischen Charakter der Organisation und hat viele Vorteile: Man arbeitet viele Wochen lang mit Organisationen und Vereinen zusammen, die alle bezüglich der Vorstellung zum Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund ›anders ticken‹. Der Ansatz ist durchaus nicht immer ein politischer, aber eben auch deswegen ist es wichtig, dort mitzuarbeiten. Schon bei der Vorstellungsrunde wurde Interesse für die VVN-BdA bekundet. Beim konkreten Vorstellen der Vorhaben wurde dann auch z.B. gefragt, warum die VVN-BdA im Programmheft (Stadtwerbung für die VVN) den Zusatz »Mitglieder von neofaschistischen Parteien, … erhalten keinen Zutritt« haben. Das ist dann ein willkommener Anlass, um zu erklären, dass man nur so das Hausrecht beanspruchen kann, dass man etwas über die Taktik von Nazis bei Veranstaltungen erzählen kann (wie Lichtschalter besetzen, Mikrofon herumgeben). »So machen wir uns bekannt als erfahrene Antifaschist/innen«, sagte eine VVN-Vertreterin.

Mechthild Hartung

Beim Vortrag »Europa Rechts außen«
Fotos sind von Alfred Hartung

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136,
FAX: 0511-3360221,
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille

Antikriegstag in Celle und Hannover

An ermordete Kriegsgefangene erinnert

Am 1. September 1939 begann mit dem Überfall von Nazi-Deutschland auf Polen der Zweite. Weltkrieg mit all seinen furchtbaren Folgen. In Erinnerung daran rufen vor allem die Gewerkschaften und andere fortschrittliche Organisationen jedes Jahr zum Antikriegstag auf.

So fanden sich am 1. September 2011 zum 72. Jahrestag des Kriegsbeginns in der KZ-Gedenkstätte in Bergen–Belsen Abordnungen der Linken und der VVN–BdA aus den Kreisen Celle und Soltau-Fallingbostel (neu Heidekreis) zusammen, um zu gedenken und ein Gebinde nieder zu legen.

Traditionell wird der 1. September von den Gewerkschaften an mehreren Gedenkorten in Hannover durch Veranstaltungen begangen. Die Kreisvereinigung der VVN-BdA Hannover beteiligte sich an der Veranstaltung der IG Metall am Mahnmal für die in den letzten Kriegstagen ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter am Maschsee-Nordufer und legte ein Gebinde nieder.

Auch bei der Gedenkveranstaltung der DGB-Region Niedersachsen-Mitte war die Kreisvereinigung vertreten.

Rwk/ Birgit Maier

Harburger Gedenktage

Deserteure – die totgeschwiegenen Opfer

Die diesjährigen»Harburger Gedenktage« der Initiative Gedenken in Harburg sind den Opfern der faschistischen Militärjustiz gewidmet, also den Soldaten, die wegen Fahnenflucht, Wehrkraftzersetzung oder »Kriegsverrat« hingerichtet worden sind.

Insgesamt wurden 1,5 Millionen Soldaten vor Kriegsgerichte gezerrt (die besetzten Gebiete nicht mitgerechnet). Von rund 30 000 Todesurteilen wurden etwa 23 000 vollstreckt. Nach 1945 kümmerte sich zunächst niemand um diese Opfer nach dem berüchtigten Satz des Nazirichters und CDU-Politikers Filbinger: »Was damals rechtens war, kann heute nicht Unrecht sein.« Erst sehr spät, 2002 und 2009, wurden die Todesurteile der Wehrmachtsjustiz schrittweise vom Bundestag annulliert.

Vom Schicksal dieser Soldaten handelt die Berliner Ausstellung »Entfernung von der Truppe«, die bis zum 15. November in der Harburger Bücherhalle (Eddelbüttelstraße 47a) gezeigt wird. Teil der Ausstellung ist ein »Harburger Fenster« mit drei Biografien aus Harburg und Wilhelmsburg. Darunter ist Karl Tibbert aus Wilhelmsburg. Er diente bei der Kriegsmarine, kam mit seinem Leben nicht zurecht und litt an Depressionen. Eher aus Hilflosigkeit kehrte er nach dem Urlaub zu seiner Einheit nicht zurück. Obwohl er eigentlich ein kranker Mann war, wurde er gnadenlos im April 1945 am Höltigbaum erschossen.

Zur Eröffnung der Ausstellung am 18. Oktober sprach Dr. Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Hamburg, so Garbe, gehörte zu den wichtigsten Militärstandorten im Reich mit seinen vielen Kasernen und Kriegsgerichten. Dennoch sei dieser Teil der Hamburger Geschichte bis heute nahezu unerforscht. Es habe auch sehr lange gedauert, bis an der Hinrichtungsstätte am Höltigbaum in Rahlstedt wenigstens eine Hinweistafel aufgestellt wurde.

Das war erst möglich, als der dortige Bundeswehr-Standort aufgegeben wurde. Hamburg brauche endlich ein würdiges Deserteur-Denkmal nicht irgendwo am Stadtrand, sondern im Zentrum. So war eben der Umgang mit diesem Thema. Der Bezirk Wandsbek, zu dem Rahlstedt gehört, schmückte sich lieber mit Figuren wie dem Sklavenhändler Schimmelmann oder dem Putschisten und Arbeitermörder Lettow-Vorbeck. Erinnerung an Nazi-Kriegsverbrechen passte nicht ins Bild. **Hans-Joachim Meyer**

Die Tafel an der Hinrichtungsstätte Höltigbaum. Foto: hjm

Schule nach Helmuth Hübener benannt

»Mut üben« ist die Losung

So schreibt sich künftig der Name der Stadtteilschule in Hamburg-Barmbek: helMUTh hÜBENer.

Ein neues Logo war Bestandteil der Namensgebungsfeier am 27. Oktober, dem 69. Todestag des jungen Widerstandskämpfers, in der bisherigen Schule am Benzenbergweg.

Erstmals trägt weltweit eine Schule den Namen Helmuth Hübeners. Die Veranstaltung war begeisternd. Besonders die Schülertheatergruppe, aber auch die Band, der Chor, die Malerei.

Einer der Redner des Nachmittags war VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander, Autor der Biographie über das mit 17 Jahren jüngste Opfer des faschistischen Volksgerichtshofs.

Er sagte u.a.: »Diese weitere Mahnung von Helmuth Hübener ist heute aktuell: ›Wenn alles sich rührt, haben die Nazis auskalkuliert.‹ So heißt es einem Gedicht von ihm, das eben auch vorgetragen wurde.

Daher meine ich, es gilt sich gegen neuen Ungeist, neue Nazis, neuen Rassismus, neue Kriege zu rühren.

Damit nie wieder ein so großer Mut zum sich Wehren notwendig wird, wie zu Helmuth Hübeners Zeit, muss jetzt gehandelt werden.

In seinem Sinne müssen wir wachsam sein.« **-der**

Ulrich Sander
Seine Rede unter: www.hamburg.vvn-bda.de/

Hans-Frankenthal-Preis verliehen

»Heideruh« unter den Ausgezeichneten

Die Stiftung Auschwitz-Komitee verlieh am 20. Oktober in Hamburg zum zweiten Mal den Hans-Frankenthal-Preis für Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen das Vergessen und gegen neofaschistische Betrebungen. Diesmal wurden drei Institutionen ausgezeichnet:

- das Institut für Kunst und Forschung, Wolfram P. Kastner aus München
- das Wohn- und Ferienheim Heideruh, antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte
- die Gruppe Ultrà Sankt Pauli (USP) für das Projekt „Alerta-Netzwerk".

Wolfram P. Kastner thematisiert immer wieder in öffentlichen Aktionen, Interventionen und sogenannten SehStörungen die Verdrängung des deutschen Faschismus im öffentlichen Bewusstsein. Er provoziert mit Mitteln der Kunst. Das Ferienheim Heideruh, das 1945 von Antifaschisten errichtet wurde, stellt sich dem Generationswechsel und entwickelt sich zu einer anerkannten Begegnungsstätte unterschiedlicher Generationen. Das »Alerta-Netzwerk« ist ein internationaler und antifaschistischer Zusammenschluss von jetzt 15 Fußball-Fangruppen aus Europa und Israel.

Hans Frankenthal, nach dem der Preis benannt ist, war langjähriges Vorstandsmitglied des Auschwitz-Komitees, Mitglied des Zentralrats der Juden und der jüdischen Gemeinde Hagen sowie der VVN-BdA.

Er wurde als Jugendlicher mit seinem Bruder nach Auschwitz verschleppt, hat aber Auschwitz, Mittelbau-Dora und Theresienstadt überlebt. **hjm**

Zwangsarbeit auf dem Flughafen

»Idylle in Tarnfarben«

Nach wie vor ignoriert die Flughafen Hamburg GmbH die Zwangsarbeit auf dem Flughafen und dessen militärische Nutzung als Fliegerhorst während des Zweiten Weltkriegs. In keiner der zum 100-jährigen Bestehen des Flughafens erschienenen Publikationen wird ein Wort darüber verloren, dass die Tarnung des damaligen Militärflugplatzes durch Zwangsarbeiter der Forma Kowahl & Bruns erfolgte.

Stattdessen liest man in dem vom Hamburger Abendblatt herausgegebenen unkritischen Jubelbuch »Hamburgs Tor zum Himmel«: »So verwandelte sich das Flugfeld binnen kürzester Zeit in eine ländliche Idylle. Birken- und Tannenwäldchen ließ man wachsen, das Abfertigungsgebäude sowie die Hallen verschwanden unter riesigen Netzen und geflochtenen Matten in Tarnfarben. Mehr ist nicht bekannt, (...)«

Dabei besteht seit Ende der 1990er Jahre auf dem Gelände des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers am Wilhelm-Raabe-Weg 23 unweit des Flughafens das »Infozentrum über Zwangsarbeit« der Willi-Bredel-Gesellschaft mit einer Dauerausstellung zum Thema. Genau dort bei der vor dem Abriss geretteten und mittlerweile unter Denkmalsschutz stehenden Zwangsarbeiterbaracke startete am 4. September ein historischer Rundgang am Flughafengelände. Hier wurden die Teilnehmer auch über die dort auf dem Fliegerhorstgelände stationierten Kampfgruppen und Nachtjagdgeschwader der Nazi-Luftwaffe aufgeklärt. Von wegen ländliche Idylle ...

Dann ging es zu zwei Stolpersteinen für den Sozialdemokraten Kurt Adams und den Gewerkschafter Carl Nickels, die 2009 von Gunter Demnig am Eingangsbereich des Terminals 2 verlegt wurden. Die beiden hatten in den Lilienthalblocks direkt am Flughafen gewohnt, die 1998 abgerissen wurden. Der Reformpädagoge Kurt Adams wurde im Juli 1944 im Zuge der „Aktion Gewitter“ festgenommen und kam im KZ Buchenwald um. Carl Nickels äußerte sich während des Krieges abfällig über die Wehrmacht, wurde denunziert und 1941 im Gestapogefängnis Fuhlsbüttel erhängt aufgefunden.

Endpunkt war der Erich-Schatzki-Weg auf dem Gelände der Lufthansa-Technik. Der Flugzeugingenieur Schatzki war Jude und an der Konstruktion der berühmten Ju-52 beteiligt. Er wurde nach 1933 entlassen und emigrierte über die Schweiz und die Niederlande 1941 in die USA, wo er am Bau des US-Jagdbombers »Thunderbolt« maßgeblichen Abteil hatte.

Zugegen waren Heinz Herrmann, ehemaliger Betriebsrat der Lufthansa-Technik, der die Benennung der Straße nach Schatzki mit durchgesetzt hatte, und Pressesprecher Bernd Habbel. Dieser wurde nach dem heutigen Umgang mit dem Thema Zwangsarbeiter befragt. Mittlerweile mache man keinen Hehl aus der Tatsache selbst, aber man sei leider hier in Hamburg nicht zuständig für Aussagen zu diesem Thema, die für die ganze Lufthansa Geltung haben.

Holger Tilicki

Von November bis Dezember:
Hamburger VVN-Termine

25. November, 18.00 Uhr:
Gemeinsame Filmveranstaltung von VVN-BdA und ver.di Hamburg, AK Antirassismus:
»Der gute Vater – Eine Tochter klagt an«, Deutschland 2002, von Yoash Tatari, 90 Min.

Über viele Jahre wusste Beate Niemann nicht, dass ihr Vater als Mitglied der Gestapo viele Menschen getötet hat. Sie wollte ihren »armen, unschuldigen Vater« sogar rehabilitieren, weil er 25 Jahre im DDR-Knast saß.
Dass Bruno Sattler ein Massenmörder war, glaubte sie erst nach Kenntnisnahme der Gauck-Akten. Gäste: Beate Niemann und Yoash Tatari.

Ort: Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 60, Saal A/B, 9. Stock. Eintritt frei.

1. Dezember, 17.30 Uhr:
Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an Widerstandskämpfer aus Billstedt.
»Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.«

Ort: Billstedt, Gedenkstein für die Widerstandskämpfer vor dem ehemaligen Ortsamt Billstedt (Öjendorfer Weg 6).

4. Dezember, 16.00 Uhr:

Film »Die Ermittlungen«, BRD 1966, von Peter Schulze-Rohr, 155 Min.

Von Dezember 1963 bis August 1965 fand in Frankfurt (Main) der Auschwitz-Prozess statt, in dem die für das Funktionieren der Vernichtungsmaschinerie Verantwortlichen vor Gericht standen. Am 19. Oktober 1965 wurde an 15 Orten in Ost- und Westdeutschland das dokumentarische Theaterstücks von Peter Weiss uraufgeführt, welches die Fakten über Auschwitz darstellt, die im Prozess von über 300 Zeugen zur Sprache gebracht wurden. Elf Gesänge beschwören den Ablauf der Menschenvernichtung herauf.

Neuer Ort: Kommunales Kino Metropolis, Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstraße, Eingang Kleine Theaterstraße.

11. Dezember, 15.00 Uhr:
Gemeinsames Kaffeetrinken zum Jahresausklang mit Kuchen und Sekt.

Ort: Landesbüro VVN-BdA, Hein-Hoyer-Straße 41, Hamburg-St.Pauli.

Neue Büro-Öffnungszeiten:
Ab dem 16. November ist das **Landesbüro** jeden Mittwoch von 15 bis 18 Uhr geöffnet, für alle Neugierigen, Frager/innen und Informationssuchende.

De Trojaners sünd ünner uns!

Nu is dat amtlich. Jedeen Bundsland hett den »Bundes-Trojaner«, wo se op mien oder dien PC togriepen künnt. Un denn seggt se all: Jo, wi hebbt düt Dingsbums, man dat ward bloots no Recht un Gesett bruukt.

Ok in Hamborg hebbt se so tüünt. Dor froog ik mi doch: Wonehm her weet se dat egentlich no so kotte Tied? Künnt se an twee, dree Doog nokieken, wat op all Hamborger Polizeiwachen oder bi'n Verfassungsschutz so aflöppt?

Un wat se domools op düsse Nackt-Scanners an'n Flugghoben schimpt hebbt! Dorbi sünd wi al lang pudelnookt, tominnst wenn wi uns an'n PC sett. Un noch freuher de »Grote Lauschangriff«. Wat'n Buhei hett dat geven! Siet de föfftiger Johren weet wi, dat uns Telefone afhöört warrn kunnen, sünnerlich wenn wi as Linke afstempelt weern.

Un wenn de westdüütschen Deensten jichenswat nich dröffen, denn sprüng as »Amtshölp« de amerikoonsche CIA in de Bucht. So weer dat freuher mit de Telefone, un so is dat ok vundoog mit Telefon un PC. Endoont, wat in't Gesett steiht. Dor verwedd ik mien Mors för!

Man een Rezept gegen de Trojaners heff ik: Schriev dien Mails in Tokunft op Plattdüütsch! Kann je angohn, dat de Keerl, de di utspioneren deit, ut Bayern stammt. Un de versteiht denn nix.

hjm

Redaktion: H. J. Meyer

Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg

Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hanburg

Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!

Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Was wird aus Tempelhof?

Gedenken an KZ und Zwangsarbeit statt Eventlocation

2008 wurde der Flughafen Tempelhof endgültig stillgelegt. Seitdem wird in der Stadt die Debatte um die weitere Nutzung des Flughafengebäudes und besonders des ehemaligen Flugfeldes geführt. Das Spektrum der Meinungen reicht über eine reine Grünfläche bis zu einer teilweisen Bebauung und Anlage einer prestigeträchtigen Parklandschaft im Rahmen einer IGA (Internationalen Gartenbauausstellung). Im offiziellen Berliner Geschichtsbild überwiegt die Darstellung des Flughafens als Symbol der Freiheit im Rahmen der Luftbrücke von 1948 und des Kalten Krieges.

In der offiziellen Vermarktung heißt das Flugfeld deshalb auch »Tempelhofer Freiheit«. Dabei wird mutwillig verschwiegen, dass sich am Rande des Tempelhofer Feldes das KZ Columbiahaus befand. Von 1933 bis 1936 wurden hier mindestens 8000 Menschen von der SS gefangen gehalten und misshandelt. Anfangs weit überwiegend politische Gegner aus der ArbeiterInnenbewegung, später auch vermehrt Homosexuelle, bündische Jugendliche, Zeugen Jehovas und andere dem Naziregime Missliebige. Darunter sind bekannte Namen wie Kurt Hiller, John Schehr, Werner Seelenbinder und Ernst Heilmann sowie tausende leider Vergessene. Karl Koch, der spätere Kommandant von Buchenwald, und andere spätere KZ-Kommandanten starteten hier Ihre Karriere.

Flugnostalgikern gilt Tempelhof als Mutter aller Flughäfen. Vollkommen in Vergessenheit geraten war, dass der von den Nazis errichtete Bau erst nach dem Krieg als Flughafen genutzt wurde. Ab 1940 diente er der Rüstungsproduktion. Hier wurden unter anderen Sturzkampfbomber gebaut. Dies alles geschah auch durch Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen. Das gesamte Tempelhofer Flugfeld war mit Lagern gesäumt.

Ein Gedenken an KZ und Zwangsarbeit spielte in den Nachnutzungsdebatten höchstens eine marginale Rolle. Um dies zu ändern, gründete sich letztes Jahr aus Einzelpersonen und Initiativen ein Verein (Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.). Eines seiner Hauptanliegen ist die »Dauerhafte Kennzeichnung und Verankerung der historischen und authentischen Orte im Flughafen und auf dem Flugfeld als ehemalige Orte des Konzentrationslagers und der NS-Zwangsarbeit von 1933-1945.«

Die Aktivitäten des Vereins führten mit dazu, dass das Berliner Abgeordnetenhaus in seiner letzten Sitzung vor der Wahl im September mit den Stimmen von SPD, Linken, Grünen und CDU den Beschluss fasste, an Konzentrationslager, Zwangsarbeiter in der Rüstungsproduktion, und die militärische Nutzung des Flughafengebäudes durch die Nazis durch die Schaffung eines Gedenk- und Informationsortes am Columbiadamm dauerhaft zu erinnern. Das Gedenken soll angemessen in das Gesamtkonzept für das Feld einbezogen werden. Der Förderverein hat diesen Beschluss, als einen ersten Schritt begrüßt und gefordert, dies auch durch Taten zu untermauern.

Danach sieht es leider nicht aus. Den Ort, wo früher Zwangsarbeiter Flugzeuge warteten, preist die senatseigene Entwicklungsgesellschaft als eine der spektakulärsten und historisch bedeutendsten Eventlocations Europas für »Messen und Produktpräsentationen über Musik- und Sportveranstaltungen, Galadinners und Preisverleihungen bis hin zu Film- und Fotoaufnahmen« an. Auch der Name »Tempelhofer Freiheit« bleibt bestehen. „Tempelhofer Unfreiheit müsste der Ort heißen" protestierten renommierte Historiker wie Rabbiner Prof. Andreas Nachama und Prof. Johannes Tuchel auf einer Podiumsdiskussion im Mai diesen Jahres.

Auf den ersten Blick erinnert nichts mehr an die Barackenlager der Zwangsarbeiter/innen. Viele Standorte sind mittlerweile aus den Akten ermittelt worden. Die größten Lager erstreckten sich vom Gelände des ehemaligen KZ bis zu den Friedhöfen. Hier befand sich ab 1938 ein Lager zunächst für dienstverpflichtete („reichsdeutsche") Bauarbeiter, die den Flughafen bauten. Ab 1940 wurde das Lager für Zwangsarbeiter/innen der Weserflugbau und der Lufthansa AG mitgenutzt. Beide Firmen errichteten mindestens vier weitere Barackenlager um den Standort. Höchstwahrscheinlich, das lassen Luftaufnahmen vermuten, sind hier noch Fundamente vorhanden. Das Landesdenkmalamt wertet diese Aufnahmen derzeit aus.

Gerade dieser Bereich soll mit Luxuswohnungen und einem Wellnessbereich als »Columbiaquartier« bebaut werden. Wie bisher verlautet, scheint besonders die CDU die Freifläche Tempelhofer Feld verkleinern zu wollen. Die Bebauung sollen offenbar private Investoren übernehmen.

In den zur Zeit stattfindenden Koalitionsverhandlungen zum neuen Senat soll dies festgeschrieben werden Der Förderverein ist nicht gewillt, sich mit einer kleinen Erinnerungsstätte am Rande zufrieden zu geben, während der Rest überbetoniert oder zur Eventlocation umgestaltet wird.

Beate Winzer und Frieder Böhne

Stolpersteine für die Brüder Lewin

Sizi »Stolperstein« döş enmesine davet ediyoruz

Die Brüder Lewin waren Opfer der Nürnberger Gesetzgebung. Ihr Vater, Schriftsetzer, Sozialdemokrat und Jude, wurde Mitte Juni 1938 nach Buchenwald verschleppt.

Die Mutter versuchte ihre Söhne – sie galten als »Mischlinge ersten Grades« – zu schützen.

Bernhard (1920-1945) konnte noch einen Beruf erlernen. Günther (1924-1944) war dies 1938 bereits verboten. Horst (1927-1945) musste 1938 die Volksschule verlassen.

‚Für die Brüder begann nach ihrer Festnahme ein Martyrium in Konzentrationslagern und Rüstungsbetrieben.

Bei einem Workshop haben sich Jugendliche mit Migrationshintergrund der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus und ein Vertreter der VVN-BdA mit ihrem Leben beschäftigt, einen Flyer verfasst, layoutet und ihn in Kreuzberg verteilt. Sizi »Stolperstein« döş enmesine davet ediyoruz, hieß darin. (Sinngemäß heißt es: Wir laden Sie ein zur Stolpersteinverlegung.)

Sie waren dabei, haben gesungen und gesprochen, als Gunter Demnig am 10. Oktober in Anwesenheit vieler Menschen drei weitere Stolpersteine vor der Mariannenstraße 23 verlegte. **H.C.**

Stolpersteinverlegung am 10. Oktober, Mariannenstraße 23

Bauchlandung für Neonazis und Rechtspopulisten

Antifaschistischer Gegenwind und Aufklärung waren erfolgreich

Mit ihrer aggressiven und rassistischen Wahlkampfstrategie hat die Berliner NPD bei den Wahlen am 18. September 2011 zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen eine Bauchlandung gemacht. Die Dominanz der am historischen »Nationalsozialismus« orientierten Kräfte in der NPD verbunden mit dem Auftreten »parteiunabhängiger«, gewaltdominierter Neonazis hat wohl doch eher zur Distanz bei potentiellen Wähler/innen beigetragen.

Trotz einer um 78.862 Stimmen höheren Wahlbeteiligung hat die NPD 3.986 weniger Zweitstimmen als bei den Abgeordnetenhauswahlen von 2006 bekommen. 31.243 Menschen (2,1 %) entschieden sich mit ihrer Zweitstimme für die NPD und akzeptieren die Politik dieser neonazistischen Partei, mit ihren ausschließlich rassistischen Lösungsvorschlägen für gesellschaftliche Konflikte.

Infostand in Rudow am 16. September **Foto: Berliner VVN-BdA**

Sowohl der Berliner Landesvorsitzende Uwe Meenen als auch der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, sind von dem Wahlergebnis ihrer Partei maßlos enttäuscht.

Obwohl noch kurz vor dem Wahltag ein Aufwärtstrend mit 3 % plus x prognostiziert wurde, reichte es nur für 2,1 % (2006 waren es noch 2,6 %). Beide NPD-Funktionäre sprechen von einer Niederlage und suchen die Gründe dafür in einer »massiven Wahlkampfbehinderung« aufgrund »tätlicher Angriffe gegen Wahlkämpfer der Partei beim Verteilen von Informationsmaterial« sowie »behördlicher Schikanen und Behinderungen« wie z. B. das Verbot des Einsatzes eines Wahlkampfflugzeuges und die Verweigerung des rbb, einen NPD-Wahlwerbespot zu senden.

Uwe Meenen macht außerdem auch »die einmalige Konkurrenzsituation« durch die rechtspopulistischen Parteien »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« für den Stimmenrückgang bei der NPD verantwortlich.

Diese Einschätzung greift aber zu kurz, denn existierten diese beiden rechtspopulistischen Parteien nicht, würden die insgesamt 31848 rassistisch motivierten Wähler/innen von »Pro Deutschland« und »Die Freiheit‹ nicht automatisch zur NPD wandern.

Auch die Hoffnung der Berliner NPD, wieder in Fraktionsstärke die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) einzuziehen, 2006 waren elf Neonazis in vier BVV, erwies sich als Illusion. Der Aktionismus vom »Nationalen Widerstand Berlin« (NW Berlin) in den Bezirken Marzahn/ Hellersdorf, Treptow/Köpenick, Lichtenberg und Neukölln brachte keine Wählerstimmen. In Neukölln flog die NPD aus der BVV raus und in Marzahn/Hellersdorf, Treptow/ Köpenick sowie Lichtenberg verpassten sie mit jeweils nur zwei BVV-Mandaten die Fraktionsstärke. Insgesamt hatte die NPD dort, wo sie sich verankert wähnte, dazu gehörte auch noch Tempelhof/ Schöneberg, mit 6220 Stimmen erhebliche Verluste eingefahren.

Die rechtspopulistischen Parteien »Pro Deutschland« und »Die Freiheit« hatten sich erhofft, mit ihrem „Anti-Moscheen/Anti-Islam-Wahlkampf" das rassistische Potential aus der Mitte der Gesellschaft anzusprechen und dadurch den Einzug in das Abgeordnetenhaus zu schaffen. Aber mit 1,2 % bzw. 1,0 % vollführten auch sie eine glatte Bauchlandung. Da waren die »Republikaner«, deren Wähler-Potential »Pro D« und »Die Freiheit« beerben wollte, 1989 mit 7,5 % wesentlich erfolgreicher.

Insgesamt haben 63091 Menschen den extrem rechten/rassistischen Parteien ihre Stimme gegeben. Diese zusammen gerechneten 4,3 % hätten aber auch nicht für den Einzug ins Abgeordnetenhaus gereicht.

Ein wenig zu dem relativ schlechten Abschneiden der Rechtsaußen-Parteien dürfte aber auch der »Wahlkampf« antifaschistischer Gruppen und Bündnisse beigetragen haben. So sorgte das Bündnis Rechtspopulismus Stoppen dafür, dass kaum ein Auftritt der Partei »Die Freiheit« und von »Pro Deutschland« ungestört blieb.

Wahlkampfauftritte der Neonazis der NPD waren meist nur unter Polizeischutz möglich. Rechte Wahlkampfplakate wurden fantasievoll kommentiert und verschwanden. Mitglieder der Berliner VVN-BdA verteilten - gemeinsam mit Berliner Bürger/innen - Antifagruppen zehntausende Flugblätter mit dem Titel »Rechtsaußen bleibt draußen – Wählt Solidarität statt Hass«.

Arthur Nähring

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA...

Antifa – Jour fixe

Montag, 21. November
»Gerechter unter den Völkern«:
Prof. Dr. Eberhard Rebling
4.12.1911 - 2.8.2008

Zum 100. Geburtstag wollen Kathinka und Jalda Rebling ihren Vater feiern. Der Berliner Musikwissenschaftler und Pianist emigrierte 1936 in die Niederlande, war aktiv im Widerstand und kam mit seiner holländischen Frau Lin Jaldati und den beiden Töchtern Anfang der fünfziger Jahre zurück nach Berlin.

Kathinka und Jalda werden Geschichten aus dem Leben der großartigen Künstlerpersönlichkeit erzählen. Und natürlich wird Jalda, die heute Kantorin ist, Lieder aus dem Repertoire ihrer Eltern singen.

Moderation: Regina Scheer

...immer am 3. Montag, immer um 18.30 Uhr, immer im Café Sibylle

Karl-Marx-Allee 72, Berlin (U 5 zw. Strausberger Platz und Weberwiese)

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet:
http://berlin@vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

VVN-BdA im Erzgebirge bewahrt antifaschistische Traditionen

Als Schwarzenberg selbständiges befreites Gebiet war

Der ehemalige Kreis Aue-Schwarzenberg ist Teil des großen Landkreises in Sachsen, des Erzgebirgskreises. Die Nachbarschaft zur tschechischen Republik prägt seit vielen Jahren das Wirken des Kreisverbandes Aue-Schwarzenberg der VVN-BdA. So nahmen am diesjährigen Tag der Erinnerung, Begegnung und Mahnung Anfang September wiederum Freunde und Kameraden aus dem Kreis Plana, aus Pistov, teil. Nach einer Gedenkveranstaltung in Schwarzenberg, auf der der Landesvorsitzende der LINKEN Sachsen, Rico Gebhardt, sprach, besuchte man gemeinsam mit den tschechischen Kameraden weitere Gedenkstätten in der Stadt und in Rittersgrün.

Die VVN-Kameraden in Aue-Schwarzenberg können auf stolze Traditionen verweisen. Durch den Bergbau und die Industrialisierung des Erzgebirges in dessen Gefolge entwickelte sich eine starke Arbeiterbewegung, die in den 30er Jahren in einen aktiven antifaschistischen Widerstandskampf mündete. So richteten die Nazis unmittelbar nach ihrem Machtantritt im benachbarten Zschorlau in einer Fabrik eines der frühen KZ in Sachsen ein. Über 200 Gegner der deutschen Faschisten wurden hier drei Monate lang gefangen gehalten, bis sie in andere Lager gebracht wurden.

Bei Ende des Krieges blieb das Gebiet um Aue-Schwarzenberg sechs Wochen lang von den Siegerarmeen unbesetzt. Beherzte Antifaschisten nahmen die Geschicke in die Hand, unter ihnen der Mitbegründer der VVN-BdA im Kreis, der Kommunist Paul Korb, der provisorisch das Amt des Bürgermeisters übernahm.

Gegenwärtig zählt die VVN-BdA ASZ lediglich 18 Mitglieder. Seit dem Jahr 2004 sind fast dreißig Kameraden gestorben. Dennoch machen die Kameraden um ihren Vorsitzenden Gerhard Lederer immer wieder von sich reden. Wie er und sein Mitkämpfer Günther Gressel berichten, beteiligen sie sich am Ersten Mai und am Sommerfest der Linken stets mit Informationsständen. Ein Antrag an den Stadtrat, in Aue Stolpersteine für jüdische Opfer des Faschismus zu installieren, wurde ohne Gegenstimmen angenommen. Zum Tag der Befreiung am 8. Mai führen die Kameraden alljährlich eine »Gräberfahrt« durch, wobei sie an Grabstätten von Opfern des Todesmarsches von Lengenfeld in stillem Gedenken verharren.

Günther Gressel und Gerhard Lederer am Denkmal für das KZ in Zschorlau

Ein besonderes Augenmerk legen die Auer und Schwarzenberger Kameraden auf den Erhalt der fast zwanzig Grab- und Gedenkstätten für Opfer des Faschismus im Altkreis. Die meisten von diesen Erinnerungsstätten werden durch die Kommunen gepflegt. Anerkennend heben meine beiden Gesprächspartner die Gedenkveranstaltung im neuen Erzgebirgskreis zum 27. Januar in der Kreisstadt Annaberg-Buchholz hervor, an dem sich der Landrat, der Oberbürgermeister und alle Fraktionen des Kreistages beteiligten. Ebenso gelungen war eine Veranstaltung im Bürgerhaus in Aue, auf der die Jugendlichen über die Symbolik der alten und neuen Nazis durch den Referenten, Herrn Plech, informiert wurden. Ein Vortrag des Leiters der Gedenkstätte Flossenbürg, durch das Gymnasium Aue organisiert, fand bei Jugendlichen und auch älteren Bürgern großes Interesse. »Wir verteilten zu dieser Veranstaltung Material über den Todesmarsch und kamen dadurch mit den Bürgen ins Gespräch«, berichtete Gerhard Lederer.

Die soziale Betreuung der zumeist betagten VVN-Mitglieder verlieren die Kameraden nicht aus dem Sinn. Zweimal jährlich führen sie Zusammenkünfte durch, und zu jedem Geburtstag gibt es einen persönlichen Besuch und einen großen Blumenstrauß. Auf die Frage nach ihrer zukünftigen Arbeit antworten Gerhard Lederer und Günther Grassel: An erster Stelle die Mitgliedergewinnung, aber auch Bewahrung und Fortsetzung unserer Traditionen und Erhalt und Pflege unserer Ehrenmale.

Peter Giersich

Vogtländische und fränkische Antifaschisten vereinbaren Zusammenarbeit

Treffen an der legendären Göltzschtalbrücke

Ende August trafen sich Vertreter der Kreisverbände Vogtland und Oberfranken der VVN-BdA an der Göltzschtalbrücke. Die Vogtländer berichteten ihren Gäste über die Geschichte der Brücke bis hin zu der mutigen Aktion von sechs Antifaschisten während der Reichspräsidentenwahl 1932. In einer Nacht- und Nebel-Aktion brachten sie an der 78 Meter hohen Brücke den Schriftzug »Wählt Thälmann« an.

In einer freundschaftlichen Aussprache informierten sich die VVN-Kameraden gegenseitig über die Arbeit ihrer Verbände. Während die Vogtländer ihre Erinnerungsarbeit und die soziale Betreuung in den Vordergrund stellten, sprachen die Franken über erfolgreiche Bündnisarbeit gegen Neonazis und die »Schulen ohne Rassismus« in ihrer Region. Übereinstimmend sehen die Antifaschisten die Bewahrung der Demokratie, das Ringen gegen Geschichtsverfälschung und den Kampf gegen Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus als ihre Hauptaufgaben.

Abschließend kamen beide Seiten zu der Vereinbarung, das Treffen als Ausgangspunkt einer künftigen konstruktiven Zusammenarbeit zu nutzen und in Zukunft einen regelmäßigen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zu pflegen. Vor der Verabschiedung stellten die Vogtländer die im Jahr 2008 errichteten Gedenkstele vor, auf der an die mutige Tat der sechs Mylauer Antifaschisten erinnert wird. Die Stele, welche durch die VVN-BdA Vogtland installiert wurde, zeigt die Nachbildung einer Gedenktafel, die bis 1990 an der Göltzschtalbrücke befestigt war und unter ominösen Umständen verschwunden war.

Einen ersten Gegenbesuch statteten die Vogtländer Mitte Oktober ab. In Hof führte die VVN gemeinsam mit der GEW eine Buchlesung durch, die von Dr. Ulrich Schneider und der Tochter von Peter Gingold, Silvia Gingold, gestaltet wurde. Beide lasen aus der Biografie »Paris - Boulevard St. Martin No. 11« und fanden äußerst interessierte Zuhörer in der gut gefüllten »Galerie Weinelt«. Die vogtländischen Kameraden äußerten spontan, ebenfalls eine ähnliche öffentliche Veranstaltung vorzubereiten.

P. G.

V. i. S. d. P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen

Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden

E-mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

Und trotzdem weiter ...

Mitgliederversammlung der VVN-BdA-Rheinland-Pfalz

Gedrückte Stimmung und ernste Gesichter auf der Landesmitgliederversammlung der VVN/BdA Rheinland-Pfalz am 24.9.2011 in der KZ Gedenkstätte Osthofen. Wenige Tage vorher erreichte den Sprecher/innenkreis die Nachricht, dass das zuständige Finanzamt in Mainz der Vereinigung eine Verlängerung der Gemeinnützigkeit verweigert. Mehr als eineinhalb Jahre hatte sich das Amt dafür Zeit gelassen, die seit Jahrzehnten bestehende Gemeinnützigkeit zu prüfen – und aufzuheben.

Die engagierte antifaschistische Arbeit der Mitglieder, der Kreisvereinigungen und des Landesausschusses des Landesverbandes wurde nicht honoriert, sondern abgestraft. Im Rechenschaftsbericht des Sprecher/innenkreises wurde noch mal deutlich, dass der Landesverband Rheinland-Pfalz der VVN/BdA in den letzten drei Jahren wichtige Beiträge für die antifaschistische Bewegung im Bundesland geleistet hatte.

Mit großer Einmütigkeit wurden die Mitglieder des sechsköpfigen Landessprecher/innenkreises gewählt, die zusammen mit den Vertreter/innen aus den Kreisen den neuen Landesausschuss bilden. Ebenfalls gewählt wurden die Revisoren die Beschwerdekommission und der Vertreter im Bundesausschuss. Nach langjährigem Wirken im Sprecher/innenkreis kandidierte Sibylle Meisenzahl-Michel aus Altersgründen nicht mehr. Ihr, und der ebenfalls aus dem Landesausschuss ausgeschiedenen Irma Strauch (91) dankte die Landesmitgliederversammlung herzlichst für ihr jahrzehntelanges antifaschistisches Engagement in und außerhalb unserer Organisation. Beide sind unermüdliche Streiterinnen gegen die Ausgrenzung der VVN (später VVN-BdA) und haben die politische Auseinandersetzung für Frieden und gegen den Faschismus bis heute vorangetrieben.

Viel Zeit nahm die Diskussion um die Aberkennung der Gemeinnützigkeit ein und gab dem neugewählten Sprecher/innenkreis eine Menge Tipps und Hinweise mit auf den Weg, um gegen diese Diffamierung des Antifaschismus in unserem Bundesland vorzugehen. Den Neuwahlen vorausgegangen war ein Vortrag über aktuelle neofaschistische Strukturen in Rheinland-Pfalz. Mit großer Sachkenntnis unter Zuhilfenahme von Bildern und Filmsequenzen vermittelten die zwei Vortragenden ein aktuelles Bild des Neofaschismus in unserem Bundesland.

Es war ein brillanter Vortrag, der leider aus Zeitgründen gekürzt werden musste.

Zum Schluss der Versammlung sammelten sich die Teilnehmer/innen an der Außenmauer der Gedenkstätte. Dort befindet sich eine Gedenktafel, die 1978 von der Lagergemeinschaft Osthofen mit Unterstützung der VVN-BdA angebracht wurde, als die Forderung nach Errichtung einer Gedenkstätte noch allerorts (z.B. von allen Landtagsparteien und staatlichen Stellen) auf Ablehnung stieß. Hier gedachten die Versammelten namentlich der in den letzten drei Jahren verstorbenen Mitglieder unserer Vereinigung und legten im Gedenken an die Opfer des Faschismus ein Blumengebinde nieder.

Kriegsendphasenverbrechen umfassend dargestellt

Lesereise mit Daniel Blatman

Kurz vor der Befreiung von Krieg und Faschismus wurden im Frühjahr 1945 eine halbe Million Antifaschistinnen und Antifaschisten und NS-Opfer aus dem In- und Ausland von den Nazis »ausgeschaltet« und ermordet.

Dies geschah durch Massaker in der Nähe von Lagern und Gefängnissen und vor allem auf den Todesmärschen. Die Geschichtsforschung hat sich erst spät dieser Phase des Kriegsendes zugewendet.

Es waren örtliche Geschichtsinitiativen und Gruppen, die wie Geschichtswerkstätten vor Ort recherchierten und ihre Fakten zusammentrugen. Das Internationale Rombergparkkomitee in Dortmund hat seit 2005 eine Vernetzung dieser Initiativen betrieben und Fakten und Recherchen gesammelt, so daß rund 150 Tatorte dokumentiert werden konnten.

In dem Buch von Ulrich Sander: „Mörderisches Finale – NS-Verbrechen bei Kriegsende“ (PapyRosa, Köln 2008. 190 S.) ist das Material dieser Vernetzung zusammengefasst.

Bei Rowohlt ist nun von Daniel Blatman »Die Todesmärsche 1944/1945 – Das letzte Kapitel des Nationalsozialistischen Massenmords« erschienen. Damit sind den Geschichtsinitiativen und –werkstätten und viele hundert weitere Tatorte benannt, zu denen sie ihre örtliche Geschichtsarbeit betreiben können – und sollen.

Daniel Blatman hat nun mit der Rosa Luxemburg Stiftung eine Leserreise zu seinem Buch veranstaltet, so auch im Rheinland und in Sachsen. In Bonn stellte er z. B. sein umfassendes Werk vor, indem er den eigenständigen Charakter der Todesmarschmorde betonte und die Mörderqualitäten der deutschen Bevölkerung betonte, die die Rache der überlebenden NS-Opfer fürchtete und zu den Mitteln des Massenmordes griff – im Gegensatz zu Daniel Goldhagen (»Hitlers willige Vollstrecker«), der auch die Todesmärsche als Teil des Holocaust an den Juden einordnet. Die Rolle der ökonomischen Eliten und der Nazipolitiker wie auch der Zwangsarbeiter beleuchtet Blatman weniger, weshalb »Mörderisches Finale« weiter wichtig ist. **U. S.**

Ulrich Sander
Mörderisches Finale
NS-Verbrechen bei Kriegsende
PapyRosa

Daniel Blatman erforschte die Todesmärsche

Hilfe für die VVN Rheinland-Pfalz erbeten

Die VVN-BdA Rheinland-Pfalz benötig Spenden. Bitte unter Stichwort »Gemeinnützigkeit« an Kreissparkasse Kaiserslautern BLZ 540 502 20 Kto. 100 651 678 spenden!

Die Landestagung fand in der KZ Gedenkstätte Osthofen statt. Die VVN-BdA hat sich sehr dafür eingesetzt, dass die Gedenkstätte geschaffen wurde. Wer mehr darüber erfahren möchte, schreibe an das Projekt Osthofen e.V. Postfach 1253 67565 Osthofen, info@projektosthofen-gedenkstaette.de. Dort gibt es auch die Schrift »Projekt Osthofen – Der schwierige Weg zur Gedenkstätte« von Martina Ruppert-Kelly.

Impressum:

Landesvereinigung Rheinland-Pfalz der VVN-BdA

Lutrinastraße 6,
67655 Kaiserslautern,
E-mail: vvn-bda-kl@gmx.de

Hier kann ein regelmäßiger Newsletter bestellt werden.

Zum Jahrestag der Auschwitzbefreiung tagt in Dortmund ein großer antifaschistischer Kongress

Herausforderung für die Bündnisarbeit des Antifaschismus heute

Für den 28. Januar 2012 ist die 30. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW in Vorbereitung. Sie soll in Dortmund in der Fachhochschule stattfinden, und zwar im Fachbereich Design am Max-Ophüls-Platz 2 (an der B 1, an der Fußgängerbrücke). Die von der VVN-BdA initiierte und vom Bündnis Dortmund gegen Rechts, dem Förderverein Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee und anderen Organisationen unterstützte Konferenz wird für Dortmund ein wichtiges Signal zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee sein.

Es soll eine Konferenz möglichst vieler Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Nordrhein-Westfalen werden. Sie findet in Dortmund statt, weil hier die Nazis landesweit ihren Schwerpunkt gesetzt haben, jedoch auch die antifaschistischen Kräfte sich hier sehr breit formiert haben.

Das mit dem 3. September 2011 geschaffene Bündnis gibt Auftrieb, hier eine Konferenz mit breiter und auch zahlenmäßig starker Beteiligung anzugehen.

Falk Mikosch, Landessprecher der VVN-BdA, erklärte: »Durch vielfältige Aktivitäten der Antifaschistinnen und Antifaschisten, nicht zuletzt auch durch Blockaden konnten in der letzten Zeit verschiedene Auftritte der Neofaschisten verhindert bzw. empfindlich gestört werden. Aber oft bestimmen die Nazis noch den Ort und die Zeit ihres Auftrittes. Selbst wenn sie dabei gestört beziehungsweise ihre Auftritte verhindert werden, haben sie jedoch Bilder in den Köpfen der Menschen vor Ort und vor allem in den Medien erzeugt.«

Landessprecherin Ulrike Düwel ergänzt: »Der (Neo)-Faschismus ist einer der schlimmsten Feinde der Menschheit. Ihn zurückzudrängen ist eine allgemein-menschliche Aufgabe, in die alle nichtfaschistischen Kräfte einbezogen werden müssen.«

Landessprecher Jochen Vogler erklärte uns, wie bei einem Seminar in Solingen ausführlich über die Bündnispolitik in Vorbereitung der Dortmunder Konferenz beraten wurde. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen stehe in den nächsten Wochen die Vorbereitung der Konferenz von Dortmund, die eine Bündniskonferenz ist. »Jetzt geht es darum, viele Teilnehmer und zahlreiche Organisationen zu gewinnen, um die demokratischen Kräfte zusammenzuführen und Erfahrungen auszutauschen.«

J. V./U. D.

VVN-BdA

»Kinder des Widerstandes« lassen sich aus der Gedenkarbeit nicht verdrängen

Seminar: Erinnerungsarbeit, Vernetzung und Antinaziblockaden

Im Solinger Naturfreundehaus tagte auf Einladung der VVN-BdA eine etwas ältere »Kindergruppe«, etwa aus den Jahrgängen 1930 bis 1960. Es war ein Wochenende der »Kinder des Widerstandes«. So wollen sie sich auch künftig nennen und bald in größerem Rahmen wiedertreffen, obwohl auch der Vorschlag kam, »Kinder der Opfer« zu sagen. Es ging um ein Bekenntnis zum Widerstand der Eltern, auch wenn diese damit den Kindern bisweilen etwas antaten, mit dem sie schwer klar kamen. Die heute ergrauten Kinder haben unter den Kalten-Kriegs-Diskriminierungen der Leute aus dem Arbeiterwiderstand gelitten, denen man vorwarf, nichts aus der Bestrafung in den Jahren 33 bis 45 gelernt zu haben, wie es in manchen Urteilsbegründungen für erneute politische Verfolgte in der Adenauerzeit hieß.

Es wurden Gutachten von Ex-Naziärzten vorgelegt, nach denen der Vater keine Entschädigung für gesundheitliche Schäden zu bekommen habe, weil er ja freiwillig Widerstand leistete, während die Juden nichts dafür konnten, Juden zu sein. Es waren sehr aufwühlende Berichte. Diese »Kinder des Widerstandes« konnten sich nie an eine Gestapounterlagenbehörde wenden. Wenn sie sich Auffassungen ihrer Eltern anschlossen, konnte es passieren, dass sie Repressalien, so auch Berufsverboten, ausgesetzt waren.

In regelmäßigen Abständen hat die Linkspartei im Bundestag Anträge gestellt, die politischen Opfer des Kalten Krieges zu entschädigen und damit zu rehabilitieren, oder den Widerstandskampf der kommunistischen Linken endlich anzuerkennen.

Die Antworten von MdBs aus der Union, der FDP, auch der SPD lesen sich gruselig - wie von Springer-Journalisten der 50er Jahre verfasst.

»Mein Vater war kein Verbrecher«, schrieb daher Klara, die Tochter von Karl Schabrod, einst Landtagsabgeordneter und zwölf Jahre in Nazihaft, schon vor einiger Zeit. Zusammen mit Inge, Traute und Alice, Töchter von Willi Kutz, Artur Burmester und Peter Gingold, hatte sie zu dem Treffen in Solingen aufgerufen.

Sie wollen nicht nur zurückblicken, sondern als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wirken und aufklären.

Traute Sander (VVN-BdA NRW) und Rosel Vadehra-Jonas (Ravensbrück-Freundeskreis) hatten nach einem Vortrag von Dr. Dieter Nelles, Historiker der Ruhr-Universität und Forscher zum Thema »Kinder des Widerstandes», einleitend zu den Arbeitsgruppen des Seminars referiert.

Auch die Themen des Kampfes gegen den Neonazismus mittels Bündnissen und für eine wirkungsvolle Erinnerungsarbeit wurden behandelt. Hierzu sprachen Falk Mikosch und Ulrich Sander.

Nach Abschluss des Seminars wollten sich die Teilnehmer/innen im Solinger Museum Baden in einer Gemäldeausstellung zum Thema »Verfemte Künstler« informieren. Was sie dort sahen: Erschütternde eindrucksvolle Bilder und zum Teil sehr dubiose Erläuterungen des Museums.

Wenn es um Künstler und Literaten (Verbrannte Dichter) geht, die aus dem Exil in die DDR gingen, so heißt es dort auf den Tafeln: Die gegen das Unrecht kämpften, seien nun selber am totalitären Unrecht beteiligt gewesen. Müssen Museen so sein? Bekommen sie sonst keine Fördermittel? Man muss es ja nicht widerspruchslos hinnehmen.

Zuvor war im Seminar noch mal die Sache mit der Oberhausener Gedenkhalle zur Sprache gekommen, wo der Arbeiterwiderstand aus der Ausstellung geflogen ist (wir berichteten, siehe www.nrw.vvn-bda.de).

Da wurden Walter Kurowskis Gemälde entfernt – so als wären sie irgendwie entartet. Er hatte Kommunisten als »Helden« abgebildet und Kapitalisten als Schuldige am Faschismus, das wäre mal »zeittypisch« gewesen, aber heute nicht mehr zumutbar, so wurde in Oberhausen argumentiert.

Überhaupt ist das „Nie wieder Krieg und Faschismus" zum »Nie wieder Auschwitz« zusammengeschrumpft, wurde festgestellt. Gedenkstättenbesucher sollen in Zeiten der deutschen Kriege und der Rechtsentwicklung der Mitte nicht mit Vermächtnissen von Friedens- und Antifakämpfern »überrumpelt« werden?

Das Seminar war sich einig: Die Kinder des Widerstandes, alle Antifaschisten sollten sich aus der Gedenkarbeit nicht verdrängen lassen. Nach den Zeitzeugen der Häftlingsgeneration kommen nun die neuen Zeitzeugen.

Ulrich Sander

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de

Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Die Deutsche Bank entmachten

Den occupy-Aktionen sandte die VVN-BdA NRW diese Erklärung:

Die VVN-BdA begrüßt und unterstützt die Anti-Banken-Proteste. Der Geschäftsführende Landesausschuss der VVN-BdA NRW erklärte dazu:
Heute bewahrheitet sich erneut, dass die Forderungen der weltweiten antifaschistischen Bewegungen von 1945 hinsichtlich der notwendigen Entmachtung der ökonomischen Eliten der NS-Zeit berechtigt waren – und sind.

Diese Forderungen gilt es heute zu verwirklichen, da z.B. die Deutsche Bank wieder eine verhängnisvolle Rolle in Politik und Wirtschaft spielt. Die VVN-BdA bekräftigt die Erklärung der Internationalen Föderation des Widerstandes FIR von Anfang Oktober 2011, im Sinne des »Protestes der Völker gegen die Abwälzung der Lasten der internationalen kapitalistischen Krise auf ihre Schultern«. Maßnahmen wie die „Einschränkung von sozialen Rechten und der Rechte der Arbeiter und ihrer Organisationen", sowie »Entwicklungen in verschiedenen europäischen Ländern, die die Grundlagen von Demokratie und Freiheit der Menschen gefährden« haben in den 30er Jahren den Faschismus begünstigt.

Die VVN-BdA NRW erinnert daran, dass sie bereits am 30. Januar 2010 diesen Antrag gestellt hat:

»An den Rat der Stadt Bonn (betr. Hermann-Josef Abs): Es wird beantragt: Am Gebäude der Deutschen Bank in Bonn wird eine Mahntafel angebracht mit einem Text, der darauf hinweist, dass an der Spitze dieser Bank der Bonner Bürger Hermann Josef Abs tätig war, der eine führende Rolle in der Wirtschaft der NS-Zeit spielte. Über Abs und die Deutsche Bank berichtete im März 1947 der Omgus-Report (Report einer US-amerikanischen Regierungsorganisation): ›Es wird empfohlen‹ ,daß die Deutsche Bank liquidiert wird.' Die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sollten ›angeklagt und als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden, die leitenden Mitarbeiter der Deutschen Bank von der Übernahme wichtiger oder verantwortlicher Positionen im wirtschaftlichen und politischen Leben Deutschlands ausgeschlossen werden‹. Die Tafel soll auf die verhängnisvolle Rolle von Wirtschaftskreisen in der NS-Zeit hinweisen. Sie soll der Mahnung dienen, solche Verbrechen nie wieder zuzulassen.«

Bisweilen wird darauf aufmerksam gemacht, dass es untunlich sei, Bankkonten bei der Deutschen Bank zu unterhalten. Die VVN-BdA NRW nimmt die Dienstleistungen der Deutschen Postbank für ihre Tätigkeit in Anspruch. Unsere Geschäftsbeziehungen stammen noch aus der Zeit, da die Deutsche Postbank nicht im Besitz der Deutschen Bank war, sondern in Besitz des Bundes. Die Privatisierungen des staatlichen Eigentums in den letzten drei Jahrzehnten haben zu einer Stärkung derjenigen Kräfte geführt, die heute – wie die Deutsche Bank – Demokratie und Wohlergehen der Menschen in unserem Land gefährden. Wir verstehen die Sorgen und Ängste der Menschen um ihre Zukunft, die durch die Bankenmacht verdunkelt wird. Wir fordern die Rückgängigmachung der Privatisierung der Deutschen Postbank als ersten Schritt zur Entmachtung und schließlichen Verstaatlichung der Deutschen Bank.

Geschäftsführender Landesausschuss der VVN-BdA NRW

Angebote zur Antifa-Arbeit durch die Landesorganisation

Die neue Ausstellung »Neofaschismus in Deutschland« ist bei bisherigen Präsentationen immer mit großer Zustimmung aufgenommen worden.

Sie kann auch in NRW mehr als bisher beansprucht werden. Sie umfasst 26 Tafeln (Format DIN A 1 oder Format DIN A 2) und kann beim Landesbüro bestellt werden. Der Flyer dazu kann ebenfalls dort bezogen werden. Es gibt jetzt auch einen pfiffig aufgemachten Flyer als »Quiz zur Ausstellung«. Aufkleber sind bei jungen Leuten immer gefragt. Seitdem der Verfassungsschutz NRW die VVN-BdA-Losung: „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!" als Aufforderung zum Gesetzesbruch diffamiert hat, gibt's vermehrte Anfragen. Dazu sind ein aktueller Aufkleber und andere im Angebot.

Die eignen sich auch zum Überkleben von Nazi-Aufklebern. Größere Bestellungen bitte an den VVN-BdA-Online-Shop (www://shop.vvn-bda.de). Da gibt's alles, was AntifaschistInnen in Aktion gebrauchen.

Von Rolly Brings & Bänd und Freunden

»Jetz hät d'r Herrjott Dich jerofe«

Edelweißpirate han se sich jenannt.
Wo dat Blömche jeblöht hät, do wor Widerstand.
Edelweißpiraten haben sie sich genannt.
Wo diese Blume blühte, da war Widerstand.
Leeve Schang,

jetz hät d'r Herrjott Dich jerofe,
weil Du möd bes vun dä lange Reis,
un Hä weed sage: Em Himmelsjade
es ne Sonneplatz för et Edelweiß.

Lieber Jean,
jetzt hat der Herrgott Dich gerufen
weil Du müde bist von der langen Reise,
und Er wird sagen: Im Himmelsgarten
ist ein Sonnenplatz für das Edelweiß.

Mer verjesse nit: / Wir vergessen nicht:
Für unseren Freund Jean Jülich,
Edelweißpirat,
Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime,
Vorbild an Zivilcourage,
Demokrat und Verfechter gelebter Toleranz und kölsches Original
ein letzter Gruß von
Rolly Brings & Bänd und Freunden

Maach et jot. Mer vermesse Dich jetz allt.

Mach es gut. Wir vermissen Dich jetzt schon.

Jean Jülich **18. April 1929 – 19. Oktober 2011**